

kost nix !

ZECK

Das Info aus der Roten Flora

Miting : 20 Nisan 1994

Berlin - Kreuzberg'de saat 16.00'da

Demo : 20. April 1994

in Berlin - Kreuzberg um 16.00 Uhr

- Sofortige Freilassung der inhaftierten MigrantInnen und Einstellung aller laufenden Verfahren

- für einen offensiven Widerstand gegen die Kriminalisierung der antirassistischen und antifaschistischen MigrantInnen-Bewegung

In der Tradition von Antifasist Genclik - 20. April - Kampf dem rassistischen Terror



Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Schickt uns eure Beiträge zur Arbeitserleichterung auf Diskette, vorzugsweise Word 5.0 oder Winword. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an: Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.
Spenden: sind immer willkomen und notwendig! Geld, Schokolade, Zigaretten und andere Drogen etc an obige Adresse.
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
V.i.S.d.P.: Renate Meyer, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

Inhaltsverzeichnis

Den Rahmen dieser Zeitung gesprengt hätte der text der **RAF vom 6.3.94.** 18 Seiten, über den Spitzel Steinmetz, die Spaltung zwischen RAF und Gefangenen sowie die neue Politik der RAF. Zu erhalten im Schwarzmarkt.
Auch dort erhältlich ist **die Broschüre "Abschiebung hat System"** vom Medienbüro Oldenburg. Ausführlicher Pressespiegel, Artikel, Interviews. 94 Seiten, 10,-DM

Freiheit für die inhaftierten AntifaschistInnen in Berlin

Informationen zum aktuellen Stand der Kriminalisierung in Berlin

Die Mitte November festgenommen 5 AntifaschistInnen sind immer noch in Haft!

Ihnen wird von dem polizeilichen Staatsschutz vorgeworfen, am 4.April 1992 ein Treffen von führenden FaschistInnen in Neukölln überfallen und den faschistischen Funktionär Kaindl ermordet und einen anderen schwer verletzt zu haben.

Schon kurz nach dem Vorfall richtete der polizeiliche Staatsschutz eine 20-köpfige Sonderkommission ein. Es kam in den darauffolgenden Wochen zu einer Welle von Hausdurchsuchungen, hauptsächlich gegen TürkInnen und KurdInnen.

Weiter spielten die Berliner Behörden den Neonazis der Deutschen Liga Informationen über ihre Ermittlungen zu.

Die Ermittlungen der Polizei gehen weiter, die Polizei versucht weiterhin die noch gesuchten AntifaschistInnen fest zu nehmen und schnüffelt rum. Die Ermittlungsmethoden der Polizei stehen mittlerweile massiv im Zwielicht

Den Anwälten wurde im Februar Akteneinsicht gewährt, die Anklageschrift ist für April zu erwarten, ein genauer Prozeßtermin ist noch nicht abzusehen, es ist jedoch zu erwarten, daß der Prozeß nicht vor der Sommerpause beginnen wird, so daß mit Prozeßeröffnung frühestens im August 1994 zu rechnen ist. Es ist in der bis dahin verbleibenden Zeit notwendig, eine große Unterstützungsbewegung zu schaffen. **Am 21.5.94 findet in Berlin eine Demonstration für die Freilassung der Gefangenen statt.**

Weitere Infos zu dem ganzen Fall können der Zeitung "Herzschläge" entnommen werden, die auch an vielen Stellen in HH ausliegt.

Im Folgenden haben wir zwei Texte leicht verkürzt reingenommen, die auf der Veranstaltung vom 19.3.94 im Volkshaus zu den Berliner Gefangenen von Leuten aus der UnterstützerInnengruppe gehalten wurden. *Der erste befaßt sich genauer mit der Situation der Gefangenen und den gesuchten AntifaschistInnen. Der zweite ist zur Selbstorganisierung von MigrantInnen und stellt dabei noch einmal die Tradition des antirassistischen Widerstands dar, in der die Demo am 20.4. in Berlin unter anderem stattfindet.*

Desweiteren befindet sich im Zeck-Ordner der Text "Nazi-Konzepte und Wahlkampf der Inneren Sicherheit". Alle drei Beiträge sind auch ungekürzt im Antifa-Ordner im Schwarzmarkt einzusehen.

INFOS ZU DEN EINZELNEN GEFANGENEN

BAHRETIN YOLDAS

Von Bahrettin ist uns nun bekannt, daß er die anderen Inhaftierten schwer belastet hat. Wir haben an seinem unsolidarischem Verhalten massive Kritik. Für uns stellt sich jetzt die Frage, wie er mit diesen Aussagen weiter umgeht, d.h., wieweit er in der Lage ist, sich damit selbstkritisch auseinanderzusetzten. Solange nicht geklärt ist, wie er sich den anderen Inhaftierten in Zukunft und beim Prozeß gegenüber verhält, werden wir ihn nicht verurteilen und ihm die Möglichkeit zur Veränderung seines Verhaltens offenlassen.

ERKAN SÖNMEZ

Der heute Siebzehnjährige wurde am 13. oder 14. November 1993 festgenommen und in der Jugendhaftanstalt Plötzensee inhaftiert.

Die Haftbefehle gegen die anderen Inhaftierten und Gesuchten basieren auf seinen Aussagen.

Erkan hat sich als angeblicher Tatbeteiligter selbst schwer belastet.

Leute, die ihn von draußen kennen bezeichnen ihn als einen türkischen Jugendlichen, der Lust hatte politisch zu arbeiten und daß er sich seit längerer Zeit in einer psychischen Ausnahmesituation befand.



In dieser Situation wird er zwei Wochen lang von den Ermittlungsbehörden regelrecht unter Verschluß gehalten.

In dieser psychischen Krise, ohne Anwalt, ohne Kontakt zu Freunden und zu seiner Familie, zwei wochenlang weggebunkert von der Außenwelt, entstanden DIE AUSSAGEN, die die folgende Repressionswelle auslösten.

Was konkret bei den Verhören abgelaufen ist, wie seine Aussagen und mit welchen Methoden sie zustande kamen können wir nicht sagen.

Im Dezember wurde er in die psychiatrische/neurologische Abteilung (PN) der Justizvollzugsanstalt Tegel verlegt.

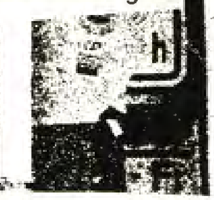
Erkan stand unter starkem Einfluß von Psychopharmaka, war apathisch und kaum ansprechbar. Zwischen Weihnachten und Neujahr versucht er sich umzubringen und verletzte sich dabei schwer.

Bei dem Haftprüfungstermin Anfang Februar wurde er aus der PN in Tegel entlassen.
Jetzt ist er in einer geschlossenen Abteilung in der Karl-Bonhöfer-Nervenklinik, sprich in der Psychiatrie.

SOLANGE
Erkan keinen Boden unter den Füßen hat, er nicht in der Lage ist, für sein Handeln die Verantwortung zu übernehmen
UND
wir nicht wissen, wie und unter welchen Umständen die Aussagen zu stand kamen
UND SOLANGE
er selber nicht sagen kann, ob er sich einer Auseinandersetzung um seine Aussagen stellt oder die Auseinandersetzung verweigert,
SOLANGE
werden wir ihm den Boden der Solidarität nicht entziehen.



Wir haben viele Fragen an Erkan, wissen aber, daß er diese zur Zeit nicht beantworten kann und können nur darauf hoffen, daß es ihm bald besser geht.



Fatma, Mehmet und Abidin wissen, daß sie durch Erkans Aussagen sitzen und sagen trotzdem, daß sich um Erkan gekümmert werden muß.

FATMA BALAMIR

Fatma ist 22 Jahre alt.
Sie geriet bereits bei den Durchsuchungen im Mai 92 bei den Ermittlungen zu Kaindl in das Visier der Bullen und wurde damals schon kurzzeitig festgenommen.

Ihre Familie wurde mit den Worten: "Wenn sie ihre Tochter noch einmal sehen wollen, können sie das auf dem Flughafen Schönefeld tun, sie wird in die Türkei abgeschoben" gedroht. Dies, um sie dahin zu kriegen, auf Fatma einzuwirken Aussagen zu machen. Fatma hat keine Aussagen gemacht! Sie wurde mehrere Wochen offen observiert. Beim damaligen Haftprüfungstermin wurde kein Haftbefehl erlassen, da keine Anhaltspunkte vorlagen.

Am 15. November 1993 wurde sie mit der Waffe am Kopf in ihrer Wohnung verhaftet. Einer hinzukommenden Nachbarin wird erklärt, daß Fatma eine "Terroristin" wäre. Im Knast wird sie dann ganz in diesem Sinne weiter behandelt....
Zu Arztbesuchen innerhalb des Knastes wird sie in Handschellen geführt. Unter diesen Bedingungen verweigerte sie weitere Arztbesuche.

Eine Schreibmaschine wird mit der Begründung abgelehnt "Sie könne aufrührerische Flugblätter im Knast schreiben".
Fatma saß zwei Monate unter Isohaftbedinungen, d.h. kein Umschluß, Einzelhofgang mit einer spanisch sprechender Frau unter Bewachung. Der Hofgang wurde sofort bei Kontaktaufnahme zu anderen Frauen abgebrochen, keine Gemeinschaftveranstaltungen und Umschluß.
Nach der Knastkundgebung im Dezember hat sich die isolierte Situation von Fatma verändert. Die anderen gefangenen Frauen in Plötzensee bekamen mit, daß viele Menschen mit ihr solidarisch sind und traten mit ihr unter diesen schwierigen Umständen in Kontakt, auch das wurde versucht zu unterbinden.

Fatma schreibt dazu:
"Bisher konnte ich die Frauen, die ich bei vorbeigehen gesehen habe, kurz sprechen. Seit letzter Woche wurde durch eine Lautsprecherdurchsage allen Frauen verboten, mich anzusprechen."

Seit dem 21.Januar 1994 haben sich die Haftbedinungen bei Fatma endlich normalisiert. Sie ist in ein anderes Haus verlegt, wo sie mit vielen Romafrauen Kontakt hat, was ihr gut gefällt. Sie hat jetzt Umschluß und Hofgang wie alle anderen Frauen auch. Und natürlich geht es ihr unter diesen Bedingungen besser als vorher.

MEHMET RAMME

Mehmet ist 31 Jahre alt. Bei ihm wurde 1992 eine Hausdurchsuchung gemacht und im Rahmen der Ermittlungen wollten die Bullen von ihm Zeugenaussagen, die sie aber nicht bekommen haben.
Im November 1993 wurde er in seiner Wohnung ebenfalls mit der Knarre am Kopf verhaftet. Da Mehmet nicht zu Hause war, verschafften sich die Bullen Zutritt zur Wohnung durch Eintreten der Tür und warteten dort auf ihn.
Mehmet sitzt in der JVA Moabit Er hat seit Januar Gemeinschaftshofgang und fünfmal die Woche Umschluß. Allerdings darf er nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen



ABIDIN ERASLAN

Abidin ist 35 Jahre. Er wurde am 15 November 1993 bei der Hausdurchsuchung in seiner Wohnung nicht angetroffen. Am nächsten Tag werden Hausbewohnern Fotos von ihm gezeigt und gefragt, ob sie ihn kennen.
Zwei Tage nach den Durchsuchungen stellte sich Abidin den Bullen.
In so einer Situation, du weißt es liegt ein Haftbefehl gegen dich vor, hast du nur drei Möglichkeiten:
- du tauchst ab, mit allen Konsequenzen, der Isolation und der permanenten Angst im Nacken, doch noch gekriegt zu werden.
ODER
- du wartest ab, daß sie kommen. Mit dem Wissen, wie die anderen mit der Knarre am Kopf verhaftet zu werden
ODER

-du stellst dich
Jeder dieser Entscheidungen hat schwerwiegende Konsequenzen für das eigene Leben.
Wir wissen, daß einige den Schritt von Abidin nicht verstanden haben und sagen dazu, daß diese grundsätzliche Entscheidung von ganz vielen Unterschiedlichen Kriterien abhängt und ganz viel mit eigenen Erfahrungen zu tun hat.
Es gibt da keine Rezepte, die für alle gültig sind.

Abidin sitzt in Moabit. Er hat viermal in der Woche eine Stunde Umschluß, gemeinsamen Hofgang mit anderen Gefangenen seiner Station, er kann nicht an Gemeinschaftveranstaltungen teilnehmen.
Seiner ehemaligen Frau wurde sinngemäß von den Bullen gedroht, daß sie ihr das gemeinsame Kind wegnehmen können, falls sie nichtbereit ist Aussagen zu machen. Sie hat von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht.
Mehmet , Fatma und Abidin sind uns, der Szene zum Teil seit vielen Jahren bekannt. Als Freunde und Freundin, als Linke und AntifaschistInnen.

Durch ihre politische Arbeit als und mit ImmigrantInnen mit Deutschen, mit türkischen Jugendlichen und mit Gangjugendlichen waren sie auch immer eine Nahtstelle zwischen den nebenstehenden, in unterschiedlicher Realität lebenden Gruppierungen.
Wir haben in den letzten Jahren mehr oder weniger punktuell intensiv zusammen gearbeitet und auch gestritten.
Die drei haben nicht nur Position bezogen gegen Rassismus und Faschismus, sie stehen auch für die Selbstorganisation von ImmigrantInnen und setzten sich trotz aller Widersprüche und Gräben für Ansätze eines gemeinsamen Handelns von deutschen und türkischen/kurdischen AntifaschistInnen ein.

Zu den Gefangenen muß hier noch jemand erwähnt werden, der in diesem Verfahren zwar nicht beschuldigt ist, aber trotzdem nicht unerwähnt bleiben kann. Es handelt sich um Mahmut Özpolat.

MAHMUT ÖZPOLAT

Ist ein älterer kurdischer Linker, der wegen seiner politischen Arbeit in der Türkei verfolgt wurde.

Am 18.12.1993 wurde er im Rahmen der Ermittlungen als Zeuge zum Staatsschutz vorgeladen.
Dieser Vorladung ist er zu recht nicht nachgekommen, weil niemand verpflichtet ist, Vorladungen bei den Bullen Folge zu leisten.
Er hat schlicht von seinem Recht Gebrauch gemacht.
Vier Tage später wird er verhaftet.
Gegen ihn liegt seit längerem ein Auslieferungsgesuch der Türkei vor.
Seit dem 22. Dezember 1993 sitzt er in der JVA Moabit.
Er hat einmal wöchendlich Umschluß und täglich eine Stunde Hofgang.

Sein Wunsch mit einem kurdisch/türkischen politischen Gefangenen auf eine Zelle gelegt zu werden, wurde abgelehnt.
Das Angebot, sich die Zelle mit einem deutschsprachigen Junky zu teilen, Mahmut spricht nur türkisch, lehnte er ab.

Es hat sich ein Hilfskommitee zu seiner Unterstützung gebildet, daß ihn regelmäßig besucht, und für notwendige Sachen wie Radio, Wäsche und Geld für den Einkauf sorgt.
Das Kommitee hat mit der PDS, dem Bündnis90/Grüne, Amnestie International und UNHCR (Vereinigte Aktion Flüchtlingshilfswerk) Kontakt aufgenommen, um die Auslieferung in die Türkei zu verhindern. Wir hoffen, daß sie das schaffen!

ZU DEN GESUCHTEN ANTIFASCHISTINNEN

Soweit wir wissen, wird noch nach drei türkischen Antifaschisten, einem deutschen und einer deutschen Antifaschistin gafahndet.

Es gab viele Hausdurchsuchungen und vor allem die Familienangehörigen der kurdischen/türkischen AntifaschistInnen wurden massiv unter Druck gesetzt.
Es wird versucht sie einzuschüchtern.
Das ging soweit, daß Eltern der Gesuchten sinngemäß gedroht wurde, daß,
"solle ihr Sohn sich bei der Verhaftung wehren, er liquidiert werde"

Bei diesem Klima hier und den Schikanen, denen Imigrantinnen allein von Seiten der Bullen ausgesetzt sind, können solche Drohungen nicht so einfach als leere Luftblasen abgetan werden.

Natürlich finden wir es prima, das die Bullen die Gesuchten nicht gekriegt haben.
Aber einen Grund zur Freude gibt es trotzdem nicht.

Die Fünf mußten von einem Tag zum anderen weg.
Weg von der Familie,
weg von Freunden und Freundinnen.
Sie mußten ihre Arbeit, ihre Wohnung, ihre Umgebung verlassen.
Und mußten ihre politische Arbeit abbrechen.

Sie sind abgeschnitten von ihrem bisherigen Leben, ohne einschätzen zu können,
wann
und
ob überhaupt sie zurück kommen können.

Noch ist unklar, ob die Staatsanwaltschaft den Mordvorwurf aufrechterhalten kann.

Egal wie es weitergehen wird, die Gesuchten, werden nach der Zeit der Zwangsillegalisierung nicht wieder einfach da anfangen können, wo sie aufgehört haben. In ihrem politischen wie auch sozialen Leben.

Und Illegalisierung heißt permanente Anspannung, immer auf der Hut sein, reduzierte persönliche Kontakte, heißt einen Überlebenskampf zu führen, der den meisten von uns total fremd ist und außerhalb unser konkreten Vorstellungsmöglichkeiten liegt.

Wir hoffen, daß sie alle notwendige Unterstützung haben, die sie in dieser beschissenen Lage brauchen.
Und wünschen ihnen und ihren Freunden und Freundinnen und ihrer Familie die notwendige Kraft und den Mut, diese Situation zu meistern.

WIR GRÜßEN DIE GEFANGENEN UND DIE GESUCHTEN ANTIFASCHISTINNEN!!

Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

Unsere türkischen & kurdischen Freunde, unsere kurdische Freundin sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten einen Faschisten getötet. Wir wissen nur, sie haben sich gegen die Kälte & gegen die gewehrt, die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben.

Wir brauchen Geld für ihre Unterstützung.

Spendet an: R. Stüker
Stichwort: "Antifa"
Kto-Nr: 240 297 679
Sparkasse Berlin
BLZ: 100 500 00

Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen, c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin

Selbstorganisierung von ImmigrantInnen

Diesen Beitrag drucken wir verkürzt ab. Im ersten Teil gibt´s eine kurze Analyse des Rassismus in der BRD. Es wird beschrieben, daß dieser nach der Wiedervereinigung zugenommen hat.
Dann folgt der zweite, sich auf Berlin beziehende Teil des Textes:

"Im Laufe der Zeit wurden die rassistischen Angriffe nicht mehr einfach hingenommen. Es bildete sich Widerstand durch jugendliche ImmigrantInnen, von denen ein großer Teil in Straßengangs organisiert war. Nach der Widervereinigung kam es öfters zu Auseinandersetzungen zwischen den Gangs und Nazis. Ab diesem Punkt bildeten sich wiederum viele neue Gangs, die etwas dem Terror durch Nazi-Schläger entgegensetzen wollten.

20. April war es zu erwarten, daß es zu massiven Einschüchterungen und Angriffen auf hauptsächlich ImmigrantInnen kommen würde. 1990 versammelten sich an diesem Tag ca. 2000 Jugendliche in der City um gegen den rassistischen Terror zu demonstrieren.Trotz großer Bullenpräsenz und Provokationen, liefen die Jugenlichen mit einer sehr großen Entschlossenheit. Ziel der Demo war es, zum Alexanderplatz zu laufen, wo sich an diesem Abend mehrere Hundert Neonazis versammelt hatten. An der Oberbaumbrücke, wo früher einer der vielen Grenzübergänge war, kam es zu Auseinandersetzungen mit den Bullen. An diesem Tag war zu sehen, daß die Jugendlichen entschlossen waren, dem Naziterror entgegen zu treten.



Jugendgangs gibt es schon seit vielen Jahren. Schon Mitte der '80 Jahre hatten die Gangs eine ihrer Hochphasen gehabt. Ein kleiner Unterschied zu den Jugendgangs von damals ist, daß die heutigen Gangs Ansätze von antifaschistischer Politik praktizieren. Ein Zeichen für ihre selbstbestimmte Organisierung setzten die Jugendlichen mit dem 20. April 1990. Wie jedes Jahr zum

Der Alexanderplatz hatte sich mittlerweile zu einem Sammelpunkt für Neonazis entwickelt. Von hier aus wurden Menschen angepöbelt und auch angegriffen. Viele Jugendliche gingen zu diesem Platz um diese von dort zu vertreiben, und um ihnen keine Gelegenheit zu geben sich dort zu sammeln. Es kam oft zu blutigen Auseinandersetzungen. Mitte August ereignete sich der erste Todesfall. Ein Skinhead, Jens Zimmermann, kam

zu Tode. Es hat sich gezeigt, daß nach dem Motto des Faustrechtes die Jugendgangs den Platz für sich eingenommen und die Nazis vom Platz vertrieben haben. Trotz einer unpolitischen Grundeinstellung waren erste Ansätze antifaschistischen Verhaltens erkennbar.

Jegliche selbstbestimmte Organisierung von ImmigrantInnen, seien es unpolitische Jugendgangs oder politische Zusammenhänge, wurde von Anfang an kriminalisiert. Die Bullen versuchen durch kumpelhafte Gespräche in die Strukturen der Gangs einzublicken. Sie führten verstärkt Observationen von Treffpunkten der Gangs durch, und versuchten auf der Ebene der Streetworker mit Gangs oder Einzelpersonen zu kooperieren. Die Bullen wollten Infos über bestimmte Strukturen oder Einzelpersonen. Ziel war es jegliche Organisierung zu verhindern. Es gelang eine Zusammenarbeit mit den Gangs. Im Gegenzug wurde über bestimmte kriminelle Machenschafte der Gangs von seiten der Bullen hinweggeschaut.

Als ein zweites Beispiel von selbstbestimmten Handeln von Jugendgangs ist eine Veranstaltung zu erwähnen, die im März 1992 stattfand. Unter dem Motto "Gemeinsam sind wir stark" war es eine Initiative von vielen Berliner Gangs mit dem Ziel sich zusammenzuschließen. Auf der Veranstaltung sprachen sich alle Gangs für ein gemeinsames Handeln, füreinander und miteinander, aus. Es sah bis kurz vor dem Ende so aus, daß sie sich alle unter der o.g. Zielsetzung zusammenschließen könnten. Wie schon vorher angesprochen, gab es gewisse Gangs, die mit den Bullen kooperierten. Es gelang einer Gang aus Kreuzberg die Veranstaltung zu provozieren, und eine große Schlägerei anzuzetteln. Diese Gang hatte an jeglicher Zusammenarbeit mit anderen Gangs absolut kein Interesse. Es ist zu vermuten, daß diese in Absprache mit den Bullen so gehandelt hat. Die gesamte Veranstaltung war von den Bullen nicht erwünscht gewesen. Im Kiez war eine verstärkte Präsenz von Bullen. Nach der Veranstaltung war unter den Gangs kein gemeinsames Handeln mehr möglich. Die Gangs zogen sich in ihre Bezirke zurück, ohne daß eine berlinweite Zusammenarbeit zustande kam. Aber auch an diesem Abend hatte sich gezeigt, daß eine Mehrheit der Gangs die Selbstorganisierung gegen Nazis befürworten.

Der Fall Kaindl ist zur Zeit der gelungene Vorwand für die Bullen gegen jegliche Formen antifaschistischer Selbstorganisierung von ImmigrantInnen vorzugehen. Es wird der Versuch von den Bullen unternommen, diese Menschen in ihrem Widerstand und ihrem Willen durch Methoden des Repressionsapparates zu brechen. In diesem Kontext stehen die Verhaftungen von Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahrettin.

Wir als MigrantInnen fordern die sofortige Freilassung der Inhaftierten und Einstellung der laufenden Verfahren!"

Gegen die Kriminalisierung der Anti-Faşist Gençlik



Für die Freilassung der türkischen und kurdischen AntifaschistInnen

Demo: 20. April. 1994
in Berlin-Kreuzberg um 16.00 Uhr



Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 20. April in Berlin

In der Tradition von Antifaşist Gençlik-20. April - Kampf gegen den rassistischen Terror

Seit November 1993 sitzen Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahrettin im Knast. Sie werden des gemeinschaftlichen Mordes an den Faschisten Gerhard Kaindl (Funktionär der faschistischen Deutsche Liga) beschuldigt. Nach weiteren Beschuldigten fahndet der Staatsschutz - unter Einschaltung der Interpol - weiter.

Im Laufe der Ermittlungen konzentrierte sich der Staatsschutz auf die MigrantInnen-Initiative "Antifaşist Gençlik". Der Mordvorwurf war ein gelungener Anlaß für den Staatsschutz um mit allen Mittel der Repression, die Selbstorganissierung von MigrantInnen zu zerschlagen. Dafür standen die Verhafteten und Verfolgten MigrantInnen. Diese Selbstorganissierung war dem Staat und seinem Repressionsapparat ein Dorn im Auge.

Die Kriminalisierung und Diskriminierung des autoritären Staatsapparates beschränkt sich nicht nur auf die "Antifaşist Gençlik"-Zusammenhänge in Berlin.

Seit Jahrzehnten (insbesondere seit der Bananen-Fütterung der "Brüder und Schwestern") werden wir MigrantInnen und Flüchtlinge von dem deutschen Mob ins Visier genommen und von der Politik der Regierung und der Parteien als Feinde ausgemacht. Der von völkischen Pogromen und Staat forcierten rassistischen Gewalt dient als Vorwand für die weitere Verschärfung der Sondergesetze gegen uns. Die faktische Abschaffung des Asylrechts, Lagerhaltung für Flüchtlinge, ein Ausländergesetz, daß uns in allen Lebensbereichen benachteiligt und der polizeiliche Willkür aussetzt.

Flüchtlinge und MigrantInnen die in den Herrschenden Normen nicht hineinpassen, werden durch die institutionell verfestigten Vereinbarungen wie Schengener Abkommen als "Terroristen" und "Kriminelle" definiert und durch die TREVI-Gruppe, die aus den Justiz und Innenministerien der EG-Länder besteht verfolgt.

Als Symbol für den Selbstschutz und Selbstorganisierung von MigrantInnen steht seit 1989 der 20. April. Damals zu Hitlers 100. Geburtstag, drohten die Nazis allen MigrantInnen auf der Straße in ihren Stadtteilen anzugreifen. Staatlicherseits fiel nichts besseres ein als uns aufzufordern nicht aus dem Haus zu gehen!

Das Gegenteil davon ist aber eingetroffen. Hunderte ausländischer Jugendliche versammelten sich auf der Straße, um gegen den erwarteten Terror offensiv Widerstand zu leisten. Spätestens an diesem Tag hat sich die Selbstorganisierung von MigrantInnen als Notwendig erwiesen. Aus diesen Zusammenhängen bildete sich die MigrantInnen-Initiative Antifaşist Gençlik.

Diese Tradition des Widerstandes und in Zusammenhang mit der Forderung nach Freilassung der Gefangenen MigrantInnen und Einstellung aller laufenden Verfahren setzten wir fort: Wir rufen alle hiermit auf, die bundesweite Demonstration am 20.4.1994 in Berlin in diesem Zusammenhang zu unterstützen. Denn was jetzt läuft ist die Normalisierung eines für uns tödlichen Zustands in Deutschland. Die Zahl der Angriffe und die Zahl der Opfer des rassistischen Wahnes hat sich deutlich vermehrt. Über sechzig Tote und an die 10.000 rassistische Angriffe in den letzten 4 Jahren ist die Bilanz im Land der deutschen. Für große Teile der deutschen Bevölkerung ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden ihren Rassismus "Multikulturell", "Mobartig", "sportlich" oder in Geburstagsfeier aller Art auszuleben.

Eine gute Gelegenheit dafür scheint sich am 20. April '94 anzubieten: Der DFB veranstaltet an diesem Tag ein Fußballspiel zwischen Deutschland und England in der "Reichshauptstadt" Berlin. Weder Termin, noch Gegner oder der Ort sind zufällig ausgewählt. Das Länderspiel wird ein hochpolitischer "Match". Nicht nur wegen den Faschisten auf den Rängen, sondern der DFB will mit diesem Spiel an diesem Tag versuchen die deutsche NS-Vergangenheit zu revidieren. Der Sport gibt der staatlichen Politik Schützenhilfe (wie zuletzt 1936 am selben Ort). Berlin ist wieder eine Reise Wert.

Es ist wieder zu erwarten, daß uns empfohlen wird zu Hause zu bleiben. Doch die Orte des Grauens wie Hünxe, Solingen und anderswo, wo MigrantInnen und Flüchtlinge im Schlaf überrascht und verbrannt wurden, haben uns gezeigt, daß Zuhause bleiben kein Schutz bedeutet.

Auch diesmal werden wir uns weder einschüchtern noch verängstigen lassen. Stattdessen werden wir offensiv unseren Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen.

- Sofortige Freilassung der inhaftierten MigrantInnen und Einstellung aller laufenden Verfahren
- Für einen offensiven Widerstand gegen die Kriminalisierung der antirassistischen und antifaschistischen MigrantInnen-Bewegung

Wir leben in einem feindlichen Hinterland .

DEMO: 20. April 1994, Beginn 16.00, U-Bahnhof Mehringdamm, Berlin

Bundesweite MigrantInnen-Initiative: Antifaşist Gençlik-Kommitee

Mobilisierung in Hamburg für die Demo am 20.4. in Berlin

Auch aus Hamburg wollen sich Gruppen und Einzelleute an dieser Demo beteiligen. Es sollen Busse organisiert werden.

Vorbereitungstreffen: Mi, 30.3., Mi, 6.4., Mi, 13.4. jeweils 19 Uhr im Volkshaus

Am Wochenende vor der Demo (16./17.4) findet ein letztes Infotreffen für alle statt, die mitfahren wollen.

Zum Prozeß in Pinneberg

Immer noch läuft der Prozeß in Pinneberg, in dem sechs Kurden und Türken angeklagt sind, am 2.12.92 bei einer Aktion vor der FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek schweren Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung begangen zu haben.
Die letzten Prozeßtage waren geprägt von Aussagen der Angeklagten, die nochmals die Geschehnisse des 2.12.92 aus ihrer Sicht schilderten.

Leider waren bei den letzten Terminen nur noch sehr wenig UnterstützerInnen da. Nach wie vor ist es wichtig, daß viele Leute diesen Prozeß besuchen und mit Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit begleiten, vor allem wenn doch noch Faschisten auflaufen bzw. als Zeugen Aussagen machen.

Am 19.3.94 gab es in Pinneberg eine Demonstration gegen die Kriminalisierung von MigrantInnen und AntifaschistInnen und für die Einstellung des Pinneberger Verfahrens, die sich weitergehend auch gegen die FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek richtete. Ungefähr 300 Leute nahmen an der Demo teil, die Bullen zeigten massiv Präsenz, Faschos ließen sich keine blicken.

Prozeßtermine:

Dienstag, 19.4.94, 9.00 Uhr
Dienstag, 26.4.94, 9.00 Uhr
Dienstag, 3.5.94, 9.00 Uhr

jeweils im Amtsgericht Pinneberg, Bahnhofstraße 17

Laßt die Angeklagten nicht mit der deutschen Justiz alleine!!



Fronttransparent der entschlossenen und kämpferischen antifaschistischen Demonstration am 19. 3. 94 für die Einstellung der Verfahren gegen die türkischen und kurdischen Antifaschisten in Pinneberg !
Hoch die internationale Solidarität !!

Antifaschistisches Bündnis Hamburg ruft auf zur Kundgebung vor dem "Nationalen Infotelefon Hamburg" (NIT)

Geplant ist eine phantasievolle, laute Demonstration durch Hamm mit anschließender Kundgebung vor dem NIT mit Redebeiträgen, Musik und antifaschistischem Kulturprogramm. Damit wollen wir die Öffentlichkeit und insbesondere die Nachbarschaft auf dieses Fascho-Telefon weiterhin aufmerksam machen und dafür sorgen, daß dessen Betrieb eingestellt wird.

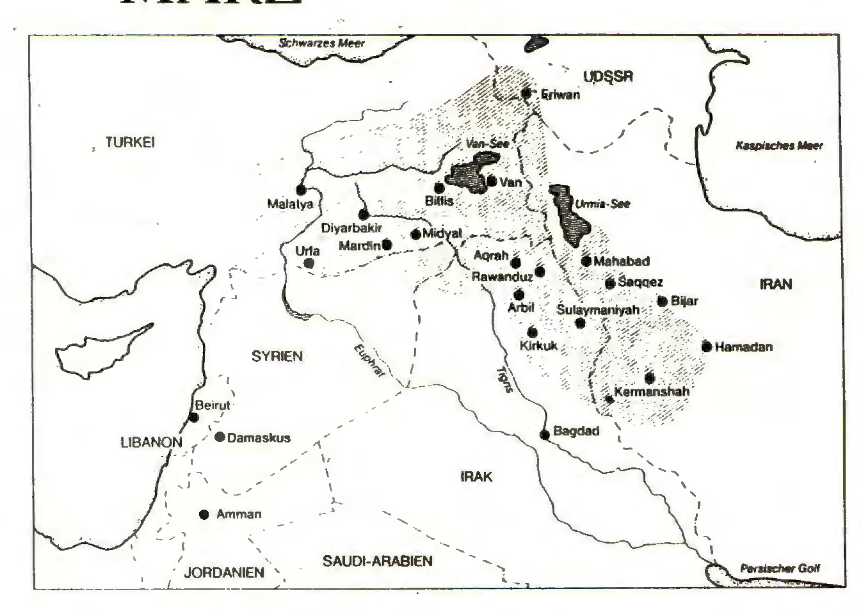
Zur Sache:
Das NIT wird betrieben von Sven Sievert in der Eiffestr. 602c, 3. Stock in HH-Hamm. Unter der Nummer 040/2195400 verbreiten die Faschisten seit über einem Jahr ungehindert ihre Propaganda. Unter anderem verbreiten sie dort Informationen über ihre politischen GegnerInnen, über antifaschistische Veranstaltungen und Demonstrationen und rufen zu Angriffen auf MigrantInnen und AntifaschistInnen auf. Zum Beispiel wurden über das NIT auch Infos für die 'Anti-Antifa'-Broschüre 'Der Einblick' gesammelt und für ihn geworben.
Über den Anrufbeantworter, dessen Ansagetext unregelmäßig geändert wird, wird außerdem zu rechten Aufmärschen, Veranstaltungen und 'nationalen Festen' aufgerufen. Auch über Prozesse wird 'informiert', wie z.B. über den in Pinneberg.
Bis zu Herbst 1993 wurden die Ansagen mit "Heil Deutschland" beendet, seit dem enthalten sie bis auf Beleidigungen nur noch juristisch wenig angreifbare Formulierungen, da auch die Faschisten begriffen haben, daß der Staat nur dann eingreift, wenn die Hetze gar zu plump ist oder die politischen Nachteile für den Staat zu schwerwiegend sind.

Auf zur Demonstration und Kundgebung am 15.4.94, 14.00 Uhr U-Bahn Burgstraße und 15.30 Uhr vorm NIT

Seid Euch darüber im klaren, daß die Nazis die Demo filmen und fotografieren werden!

KURDISTAN VOR DEN WAHLEN IM MÄRZ

Die Geschichte Kurdistans läßt sich bis weit vor unsere Zeit zurückverfolgen.Bereits 1000 v.Chr. siedelten sich die Meder, die als Vorfahren der heutigen Kurden und KurdInnen zu sehen sind, zwischen dem Urimyie-See und dem Vansee an. Und bereits damals mußten sie sich gegen die weiter im Süden lebenden Assyrer zur Wehr setzen. Die Kämpfe zwischen den Medern und dem assyrischen Reich dauerten bis 612 v.Chr.. Sie endeten mit der Eroberung der assyrischen Hauptstadt Ninive. Der Beginn dieser entscheidenden Schlacht wird in kurdischen Legenden auf den 21. März 612 v.Chr. datiert; eben an diesem Tag soll sich der Schmied Kave an der Spitze des Volkes aufgemacht haben, um den grausamen Schah Sohak, der mit bösen Geistern im Bunde stand und aus dessen Schultern zwei blutgierige Schlangen wuchsen, denen täglich das Hirn zweier Kinder dargebracht werden mußte, zu töten. Es wurde ein Feuer entzündet, in das der grausame Herrscher geworfen wurde. So die Legende, die in vielen Variationen übermittelt wurde.





Dieser Tag, der 21. März, ist nach dem alten Kalender aber auch der Tag des neuen Jahres und gleichzeitig Vorbote des Frühlings. Das Newroz ("neuer Tag") Fest wird immer in den Bergen, Tälern und Städten Kurdistans, aber auch hier, heute noch gefeiert.

Und es kamen andere Ereignisse an diesem Tag hinzu, so z.B. der 21. März 1985: Fünf Jahre nach der Gründung der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und ein Jahr nach der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK wurde die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) gegründet.

Im vergangenen Jahr am 20. März 93 verkündete die PKK einen einseitigen Waffenstillstand und erklärte sich bereit, mit der türkischen Regierung in Verhandlung zu treten. Am 14. März dieses Jahres erneuerte die PKK ihr Friedensangebot.

In der Zwischenzeit ist jedoch viel geschehen. Allein während der 83 Tage des Waffenstillstandes von 93 wurden 56 Zivilisten und 88 Guerilla-KämpferInnen ermordet, etliche Dörfer zerstört und tausende von Menschen verhaftet. Am 22. Oktober 93 griff die türkische Armee die kurdische Kreisstadt Lice an. Die daraus folgenden Proteste von Kurden und Kurdinnen in Deutschland und ganz Europa nahm die Bundesregierung zum Anlaß, die PKK, die ERNK und viele kurdische Gruppen und Organisationen zu verbieten.

Ungeachtet der Tatsache, daß in Kurdistan ständig Menschenrechte verletzt werden, die kurdische Bevölkerung massiven Bedrohungen ausgesetzt ist, wird in der Verbotsverfügung des Innenministeriums festgestellt: Die Tätigkeit der PKK "einschließlich Teilorganisationen ... verstößt gegen Strafgesetze, richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, gefährdet die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland". Und weiter: "Die von Angehörigen/Sympathisanten der PKK/ERNK begangenen Straftaten in Deutschland und der Türkei mit dem Ziel, einen Teil des türkischen Staatsgebietes in

einen noch zu gründenden kurdischen Staat zu überführen, erfüllt diese Voraussetzungen. Die Straftaten stören das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken sowohl in der Türkei als auch in Deutschland .."
Versuche der BRD, den kurdischen Befreiungskampf zu kriminalisieren, sind nichts neues.



1988 begann vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht der sog. Kurdenprozeß, in dessen Verlauf immer wieder versucht wurde, die PKK als terroristisch zu diffamieren. Dieser Prozeß, der mit ursprünglich 18 Angeklagten begann, denen alle Vergehen nach Paragraph 129a vorgeworfen wurden, endete nach viereinhalb Jahren jetzt am 7.3.94 mit vier Verurteilungen. Zwei Angeklagte bekamen lebenslange Haftstrafen, zwei weitere je sechs und sieben Jahre, wobei diese beiden Angeklagten freigelassen wurden, da sie bereits seit fast sechs Jahren in U-Haft saßen.

Die Bundesregierung unterstützt die Türkei aber auch direkt, z.B. durch Waffenlieferungen. Allein zwischen 1985 und 1991 schenkte die Bundesregierung der Türkei Rüstungsgüter im Wert von 3,6 Mrd. DM und 1991 nocheinmal Rüstungsmaterial aus Beständen der ehemaligen NVA im Wert von 1,5 Mrd. DM.
Ohne die Unterstützung der BRD und anderer NATO-Partner hätte die Türkei den Krieg in Kurdistan schon längst auch militärisch verloren. Die türkische Regierung weiß sehr wohl, daß sie den Kampf politisch schon lange verloren hat. Laut einer Meinungsumfrage, die der Nationale Sicherheitsrat der Türkei in Auftrag gegeben hat, stehen in den Provinzen Diyarbakir, Sirnak, Mardin, Bingöl, Mus, Siirt, Hakkari, Bitlis, Urfa und Batman 87% der Befragten in Opposition gegenüber dem Staat. Von diesen 87% sind 63% grundsätzlich prokurdisch, 9% mehr oder weniger pro-kurdisch und 15% unentschieden.
Mit den bevorstehenden Kommunalwahlen am 27. März 94 versucht die türkische Regierung, ihr scheinbar demokratisches Gesicht für die ausländische Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten. Es wird seitens der Türkei alles getan, um zu verhindern, daß diese Wahlen, wie es die Umfrage erwarten läßt, zu einem Referendum gegen die türkische Zentralregierung werden.
Zum Einen kommt es zu Verhaftungen von Abgeordneten und Kandidaten der pro-kurdischen Demokratie-Partei (DEP) und Angriffe gegen deren Dörfer. So wurde z.B. das Dorf des DEP-Abgeordneten von Siirt Zübeyir Aydar von Sicherheitskräften überfallen, 36 Häuser wurden angezündet, 26 Menschen festgenommen und den Bewohnern eine 10-Tagesfrist zum Verlassen des Dorfes gesetzt. Am 6.1.94 wurde der DEP-Bürgermeister von Diyarbakir, Silvan Fadil Erdede, verhaftet. Desweiteren wurde versucht, KandidatInnen der DEP durch Drohungen soweit einzuschüchtern, daß sie von ihrer Kandidatur Abstand nehmen.
Zum Anderen wurden Änderungen im Wahlgesetz vorgenommen, u.a. wurde das Gesetz dahingehend verändert, daß Uniformierte und bewaffnete Personen in den Ausnahmegebieten, also den kurdischen Provinzen, das Betreten der Wahllokale erlaubt ist, d.h. Militärs, Dorfschützen etc. können mit der Waffe in der Hand abstimmen.
Die Auszählung der Stimmen erfolgt nicht vor Ort sondern in bestimmten Zentren, in die die Sicherheitskräfte die Wahlurnen transportieren werden. Manipulationen der Stimmzettel und Wahlergebnisse sind da Tür und Tor geöffnet.
Aus all diesen Gründen hat die DEP auf einer außerordentlichen Parteiversammlung am 23. Februar 94 beschlossen, nicht mehr an den Wahlen teilzunehmen.

Die türkische Regierung versucht in letzter Zeit verstärkt, legale pro-kurdische Strukturen zu zerschlagen; so wurde am 11.12.93 die Zentralredaktion der pro-kurdischen Tageszeitung Özgür Gündem in Istanbul sowie landesweit ihre Regionalbüros von Anti-Terror-Einheiten überfallen und über 200 MitarbeiterInnen verhaftet. Der kurdische Vorsitzende der Gewerkschaft Petrol Is wurde am 19.1.94 wegen eines Zeitungsartikels zu 20 Monaten Haft verurteilt und seiner Ämter enthoben. Am 3.3.94 wurden 8 Abgeordnete nach Aufhebung ihrer Immunität verhaftet. Sechs Abgeordnete der DEP sitzen noch immer im Gefängnis. Ihnen droht die Todesstrafe, da gegen sie wegen Seperatismus ermittelt wird.



Verhandlungsangebot der PKK

Am 13. März fand in Brüssel eine internationale Kurdistan-Konferenz statt, auf der die PKK ihr Friedensangebot an die türkische Regierung erneuerte. Unter anderem wurde folgende Erklärung des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan verlesen:

An die internationale Konferenz über Nord-West-Kurdistan

Liebe Freunde des kurdischen Volkes,

die neueste Entwicklung in der kurdischen Frage, insbesondere in der Frage Nord-West-Kurdistans, hat eine Ebene erreicht, die nun die ganze Welt betrifft. Unser Volk hat große Qualen erlitten und große Opfer erbracht, indem es unter der Führung unserer Partei auf ein nationales Erwachen einwirkte.
Die Einstellung des türkischen Staates mußte bis heute die Existenz der kurdischen Frage verleugnen, und um die Ablehnung zu rechtfertigen, werden historische Realitäten ignoriert. Jeder Ausdruck von Opposition zu dieser Einstellung wird brutal und schonungslos unterdrückt. Unseres Volkes Forderung nach Freiheit wird in Blut ertränkt. Trotz weltweiter Interessen in der kurdischen Frage hat die Haltung einiger europäischer Staaten nur dazu gedient, das Erreichen einer Lösung schwieriger zu machen. Dies ermutigte die Türkei in ihrem ungerechten und schmutzigen Krieg gegen unser Volk.
Unsere Partei hat die Unterstützung von Millionen Menschen und muß in jede echten Suche nach Lösungen mit eingeschlossen werden. Die politischen und ökonomischen Interessen einiger europäischer Länder führten zu ihrer irrationalen Brandmarkung der PKK als terroristische Organisation. Behauptungen, daß die PKK "nicht für eine Lösung ist" oder daß sie "nicht gewillt ist, irgendetwas weniger als einen seperaten Staat in betracht zu ziehen", haben keine tatsächliche Grundlage.

Während der Periode der Waffenruhe von 1993 erklärte ich auf einer Pressekonferenz, daß es nicht wir sondern die türkische Regierung ist, die ein Nachdenken über eine Lösung verhindert. Es gibt Versuche, solcherlei Behauptungen ständig auf der Tagesordnung zu halten. Ich werde gerne nocheinmal unsere Position für diese Konferenz darstellen.
- In dieser Frage sind wir offen für alle Vorschläge und Initiativen anderer Länder oder internationaler Organisationen.
- Ich möchte betonen, daß wir nicht auf einer Teilung der Türkei bestehen und daß eine solche Propaganda nicht unsere Einstellung in dieser Frage widerspiegelt.
- Ich will erklären, daß ich bereit bin, mich mit der türkischen Regierung zusammenzusetzen und die strittigen Fragen zu diskutieren, wenn die Gespräche auf einem Dialog, auf einem demokratischen Rahmen basieren, wo wir die legitimen Forderungen unseres Volkes zum Ausdruck bringen können. Wir standen niemals ernsthaften Vorschlägen für eine Lösung ablehnend gegenüber. Wir sind bereit, jede Alternative, eine Föderation eingeschlossen, zu diskutieren.
- Wenn ein bilateraler Waffenstillstand unter internationaler Beobachtung eingehalten ist und Gespräche geführt wurden, werden wir nicht versuchen, uns zu entziehen oder einen solchen Prozeß zu verhindern.
- Und am wichtigsten von allem ist das: ich garantiere, jeden Beschluß in bezug auf eine Lösung, die auf Ihrer Konferenz gefaßt wird, zu akzeptieren. Sobald eine Grundlage für eine politische Lösung und freie politische Betätigung feststeht, erkläre ich hiermit, daß wir den Prozeß in Richtung eines vollständigen Endes des bewaffneten Konfliktes beginnen werden.

- Wir suchen nicht nur nach einer Lösung im Zusammenhang mit Krieg. Dieser Krieg war nicht unsere Wahl. Es ist der türkische Staat, der uns mit seiner kompromißlosen Entschlossenheit, einen schmutzigen Krieg gegen unser Volk zu führen, mit der Überzeugung, das Ziel einer militärischen Lösung durch Staatsstreich zu erreichen, gezwungen hat, unsere nationale Existenz zu verteidigen.

Im Glauben, Ihr werdet wichtige Resolutionen verabschieden, die produktiv und effektiv den Weg vorwärts führen werden, überbringe ich Euch meine aufrichtigen Grüße.

Wünsche Euch jeden Erfolg,
Abdullah Öcalan, Generalsekretär der PKK, 10.3.1994



Bundesweite Demo in Bonn am 12. März

Circa 3.000 Leute, schätzungsweise 2.000 Deutsche und 1.000 KurdInnen, waren auf der Solidaritätsdemo anläßlich der Verbote kurdischer Vereine und Organisationen in der BRD, dem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in Türkisch-Kurdistan und den deutschen Waffenlieferungen in die Türkei. Sie forderten die Anerkennung der PKK als Kriegspartei und die Aufhebung der Wirtschaftsbeziehungen.

Von den bundesdeutschen Medien nahezu totgeschwiegen, wurde die Demo in der türkischen Presse groß herausgebracht und hämisch belächelt. 3.000 Leute, darunter circa 50 aus Hamburg, sind wahrlich nicht viel, wenn dem Krieg in Kurdistan etwas entgegengesetzt werden soll. Da aber kaum eine/einer von uns mit mehr DemonstrantInnen gerechnet hatte, war es dann auch wieder in Ordnung.



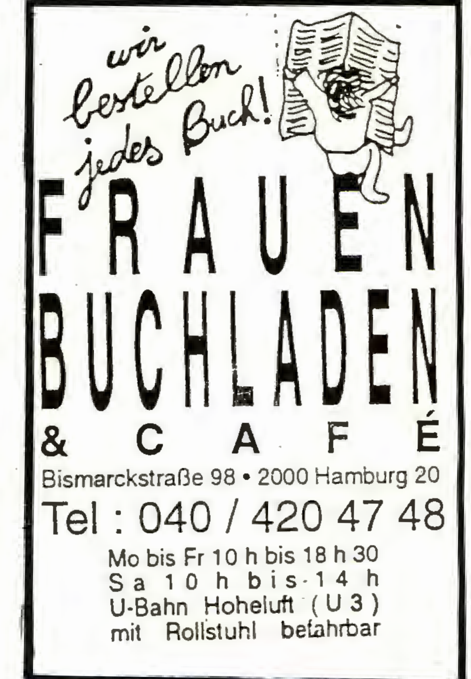
Die Demo unterschied sich von dem meisten anderen Demos durch zwei Sachen: 1. die gute Organisation, angefangen von Kloos beim Demo-Treffpunkt, guten Redebeiträgen und ÜbersetzerInnen bis hin zu guter Koordination zwischen Demoleitung, OrganisatorInnen und DemonsrantInnen und diszi-pliniert-lockerem Verhalten in der Demo selbst.

2. die "Clearing-Stelle": Noch vor der Auftakt-Kundgebung wurde von Bullenseite verkündet, daß die Demo nur dann losgehen dürfe, wenn alle Öczalan-Transparente, ERNK-Fahnen (roter Stern in gelbgrünem Kreis auf rotem Hintergrund) und andere Utensielien, die eindeutig eine positive Stellung zu verbotenen Parteien oder Organisationen vermitteln könnten, verschwinden würden. Zugelassen war nur noch die Kombination der Farben rot-grün-gelb, was dann auch entsprechend getragen wurde. Bereits vor Demobeginn wurden von einigen DemonstrantInnen fleißig rot-grün-gelbe Fähnchen verteilt, was natürlich auch den wachen Augen der PolizistInnen nicht entging. Deswegen bauten sie besagte "Clearing-Stelle" ("Säuberungs-Stelle") auf, ein Wort, das unter den Demonstrationsteilnehnerinnen gelassenes Unverständnis auslöste. Die Fähnchen wurden gut verpackt, dann wurde sich angestellt. Zuerst mußten die Leute jeweils zu zweit durch ein Bullenspalier laufen, damit die Bullen durch Sichtkontrollen auf verbotene Mitbringsel aufmerksam werden konnten. Bei "Verdachtsmomenten" kam es zu Körperkontrollen. Da aber auch die Bullen merkten, daß sie auf die Art noch bis in den Nachmittag hinein kontrollieren könnten (die Demo fing um 11 Uhr an), ging es mit der Zeit etwas zügiger.

Hundert Meter hinter der "Clearing-Stelle" wurden die Fähnchen wieder rausgeholt. Vorbei an öden Ministerien und leeren Schulgebäuden erreichten wir nach einer Stunde die Innenstadt. Damit sich die Bonner Bevölkerung nicht über Verbotenes erschrecken mußte oder sich eventuell damit solidarisieren könnte, wurde hier eine zweite "Clearing-Stelle" eingerichtet.

Verhaftet wurde zum Glück niemand, von anderen Provokationen als den "Säuberungs-Stellen" sahen die Bullen weitestgehend ab.





Aus der Ablehnung eines Asylantrags... über den Zynismus der Asyljustiz

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einem Bescheid des Bundesamtes für die Ablehnung ausländischer Flüchtlinge, mit dem einem Kurden im Januar diesen Jahres sein Antrag auf Asyl abgelehnt wurde.
Obwohl wir es eigentlich besser wissen, waren wir in der Redaktion doch wieder entsetzt über die eiskalte und geschichtsverdrehende aber in sich doch streng logische Argumentation und Bewertung der Zustände im türkischen Teil Kurdistans.

Zur Vorgeschichte:
Der Flüchtling S. berichtete in seiner Anhörung vor dem Bundesamt, daß er während eines beruflich bedingten Aufenthaltes in einem kurdischen Bergdorf Zeuge eines Überfalles durch das türkische Militär wurde. Das ganze Dorf wurde umstellt, eine Frau und ein Mann wurden vor seinen Augen ange- bzw. erschossen, an den Füssen festgebunden und durch das ganze Dorf geschleift. Die Frau war sofort tot, der Mann schwer verletzt; die ihm zur Hilfe eilenden Frauen und Kinder wurden mit Gewehrkolben geschlagen und mit Füssen getreten.
Etwas später schickte der Kommandant Soldaten aus, um den einzigen Dorffremden, Herrn S., zu holen, befahl seinen Soldaten, seine Füsse zusammenzubinden und ihn auf die Fußsohlen zuschlagen. Er selbst stach danach mit der scharfen Spitze seines Stockes auf das Schienbein des Mannes ein und verletzte ihn dabei erheblich. Den zusammengerufenen Dorfbewohnern teilte der Kommandant mit, daß dies eine Warnung für sie alle sei.
Während der nächsten Wochen, in denen der Verletzte sich in einem Nachbardorf einigermaßen auskurierte, erfuhr er, daß in seinem Heimatdorf das Militär sein Haus durchsucht hatte und seine Frau und seine Kinder mißhandelt hatte. Wenig später floh er dann mit seiner Familie nach Deutschland.
Aus dem Bescheid des Bundesamtes:

"Aus dem Vorbringen des Antragsstellers ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, daß er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung außerhalb seines Herkunftsstaates aufhält oder bei Rückkehr mit Verfolgungsmaßnahmen ... rechnen muß.
Eine asylerhebliche Gruppenverfolgung der Kurden als Volksgruppe fand in der Türkei vor der Ausreise des Antragsstellers (1991) nicht statt. Sie ist auch zum Zeitpunkt dieser Entscheidung (Januar 1994) zu verneinen.
In der Türkei leben mehr als 12 Mio. Kurden, davon ein nicht unerheblicher Teil in den Westgebieten der Türkei, im westlichen Anatolien und in der Mittelmeerregion. Allein 2 Mio. Kurden leben in Istanbul. Staatliche Maßnahmen, von denen die Gesamtheit der in der Türkei lebenden Kurden betroffen sind, existieren nicht. Das für alle Kurden geltende Verbot des öffentlichen Gebrauchs der kurdischen Sprache wurde 1991 aufgehoben. Dies gilt auch und insbesondere für die Bewohner der Südostprovinzen, für die seit 1990 fortlaufend das Notstandsrecht angeordnet wurde. Es werden inzwischen auch Musikkassetten mit kurdischen Volksliedern und Bücher in kurdischer Sprache veröffentlicht.

Im türkischen Parlament sind zudem seit der vorgezogenen Parlamentswahl vom 20. 10. 91 mehrere Abgeordnete kurdischer Volkszugehörigkeit eingezogen, die speziell kurdische Interessen vertreten.

Auch in den überwiegend von der kurdischen Bevölkerung bewohnten Provinzen kann von einer Verfolgung der kurdischen Volksgruppe allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit nicht ausgegangen werden. Dabei soll nicht verkannt werden, daß es in Folge der dort schwelenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Militärs und den kurdischen separatistischen Organisationen, insbesondere der PKK, auch zu willkürlichen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung kommt (Auswärtiges Amt, Lagebericht Türkei vom 30. 10. 92). Dabei befindet sich die Zivilbevölkerung häufig in einer Zwangslage zwischen der Bedrohung durch das Militär und durch die Guerillas der PKK, die die Unterstützung ihrer Ziele häufig erzwingt oder Vergeltungstaten gegenüber Zivilpersonen verübt, die mit den Sicherheitskräften zusammenarbeiten. Von den Übergriffen sind im Ergebnis jedoch nur eine begrenzte Anzahl der kurdischen Volkszugehörigen betroffen, insbesondere die in den Grenzgebieten zum Irak und Iran liegenden Bevölkerungsgruppen.
Auch werden häufig politisch aktive Kurden, die sich für eine kulturelle und/oder politische Autonomie der Kurden einsetzen, des Separatismus beschuldigt und staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Derartige Verfolgungsmaßnahmen bleiben jedoch vereinzelt und treffen nicht jeden Türken kurdischer Volkszugehörigkeit.



Die vorgetragenen Militärrazzien, welche durch den herrschenden Terrorismus, den ein Teil der dort lebenden Bevölkerung unterstützt, ausgelöst werden, vermögen nicht zur Asylgewährung führen.
Soweit solche Razzien stattfinden, sind diesen alle Bewohner in den Gebieten der Türkei ausgesetzt, in denen Separatisten eine bewaffnete Konfrontation mit dem türkischen Staat betreiben. Übergriffe des Militärs im Rahmen von Suchaktionen nach solchen Separatisten knüpfen weder an die politische Überzeugung noch an die Volkszugehörigkeit der betroffenen örtlichen Bevölkerung an, sondern stellen den - unbestritten vereinzelt mit menschenrechtsverletzendem, jedoch nicht mit politisch motivierten Maßnahmen betriebenen - Versuch dar, dem bewaffneten Angriff auf den Bestand des türkischen Staatsgebietes zu begegnen. Dies gilt insbesondere auch angesichts der von der PKK begangenen Massaker an Teilen der Zivilbevölkerung im kurdischen Gebiet. Hierzu zählen auch Ermittlungsmaßnahmen im Zuge der Strafverfolgung gegen Personen aus der Bevölkerung, die tatsächlich oder vermeintlich zum Beispiel durch Lebensmittel, Kleidung, Spenden, Unterkunft etc. unterstützen. Diese Notwendigkeit eröffnet in der Tat der - asylrechtlich irrelevanten - Denunziation aufgrund persönlicher Feindschaften und Rivalitäten durch Privatpersonen ein breites Betätigungsfeld. Es bedarf jedoch keiner weiteren Erörterung, , daß es Aufgabe der Sicherheitskräfte ist, jeder - auch anonymen - Anzeige nachzugehen. Gerade auch die in diesem Zusammenhang behauptete Furcht vor Maßnahmen gegen die eigene Person beruht auf der Unterstützung einer verbotenen und für den Bestand des türkischen Staates äußerst gefährlichen terroristischen Organisation. Die PKK ist eine bewaffnete Terrorgruppe, die nicht nur gegen staatliche Einrichtungen und Sicherheitskräfte, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung Gewaltakte mit dem Ziel verübt, das kurdische Gebiet mit Waffengewalt vom türkischen Staatsgebiet loszulösen. Selbst die Unterstützung von PKK-Angehörigen als wahr unterstellt, könnte dies nicht zur Asylgewährung führen, da es sich dabei, auch wenn der Betreffende selbst nicht direkt an Gewaltakten beteiligt war, um Unterstützungshandlungen im Vorfeld terroristischer Aktivitäten handeln würde, was hieran anknüpfenden, auf Abwehr des Terrorismus gerichteten Maßnahmen des Staates grundsätzlich den Charakter einer politischen Verfolgung nimmt (vergl. Beschluß des Bundesvefassungsgerichtes vom 20. 12. 89 - 2 BVR 958/86). Gerade auch so einfache logistische Hilfestellungen sind die grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche terroristische Operationen, da der PKK ohne diese ihre Operationsbasis weitgehend entzogen wäre. Die Fahndung nach Personen aus der Bevölkerung, Inhaftierung, Verhör und eventuelle Bestrafung wegen Unterstützung von Angehörigen einer terroristischen Vereinigung knüpfen damit nicht an der möglichen politischen Überzeugung des Betroffenen an, sondern sollen den Guerillagruppen für ihre Kampfhandlungen gegen das Militär Rückzugs- und Versorgungsmöglichkeiten entziehen.



Newroz - Demo am 21. 3. 94 in Hamburg

Allein aus der Tatsache, daß diese Ermittlungen zum Teil von körperlicher Gewaltanwendung begleitet sind, läßt sich eine Asylerheblichkeit der Maßnahme nicht begründen. Soweit es zu rechtswidrigen Übergriffen der Sicherheitskräfte auf die örtliche Zivilbevölkerung kommt, sind solche Verhaltensweisen keinesfalls die Regel und werden, falls sie zu beweisen sind, auch strafrechtlich geahndet (vergl. Auskunft des Auswärtigen Amtes vom 8. 1. 90, 514 - 516/10826 an das VG Karlsruhe).
Es ist nicht ersichtlich, daß der türkische Staat und seine Sicherheitsbehörden in besondere Weise auf den Antragsteller aufmerksam geworden sind....Auch die Geschehnisse anläßlich des beruflich bedingten Besuches im o. g. Bergdorf führen nicht zur Asylgewährung. Zwar handelt es sich um einen bedauerlichen Übergriff des türkischen Militärs, es ist aber nicht ersichtlich, daß dieser Übergriff aufgrund der politischen Anschauung des Antragsstellers oder seiner Volkszugehörigkeit erfolgt.
Nach alledem ist festzustellen, daß dem Antragsteller bei einer Rückkehr zum jetzigen Zeitpunkt keine Verfolgung im Sinne des Art. 16 a Abs. 1 GG droht."

Zu diesem Bescheid, der eigentlich für sich spricht, noch ein paar Anmerkungen: Stringent zieht sich durch diese Ablehnung die Bemühung, dem Flüchtling die politische Verfolgung abzusprechen. Die Übergriffe der türkischen Militärs auf die kurdische Bevölkerung werden zwar "unbestritten vereinzelt mit menschenrechtsverletzenden, jedoch nicht mit politisch motivierten Maßnahmen (betrieben)". Die SchreibtischtäterInnen in den Amtsstuben des Bundesamtes und den Sälen der Gerichte analysieren mal so eben die Situation in Kurdistan und definieren den politischen und militärischen Kampf der PKK und deren UnterstützerInnen als reinen Terror, der sogar vor der kurdischen Bevölkerung angeblich nicht halt macht. Da es sich um Terrorismus handelt, sind die brutalen Maßnahmen des türkischen

Staates (die im Übrigen völlig verharmlost werden, aber das muß hier nicht ausgeführt und belegt werden) gerechtfertigt. Diese Darstellung verfolgt primär zwei Ziele:
Zum einen wird erreicht, daß eine große Gruppe von Flüchtlingen nach dem Asylrecht nicht als asylberechtigt anerkannt wird und so z.T. auch abgeschoben werden kann. Denn ein Großteil der fliehenden KurdInnen wurde von der türkischen Armee oder anderen Sicherheitskräften im Rahmen von Maßnahmen gegen die "Terrorristen" bedroht und verfolgt. Auf all diese ist die Argumentation dieses Ablehnungsbescheides (der sich passagenweise wie standardisiert anhört) und des dort erwähnten Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zugeschnitten.
Zum anderen zeigt sich in dieser Argumentation ganz klar das Interesse des deutschen Staates, den Krieg in Kurdistan zu verharmlosen und den türkischen Staat in der Verfolgung und Bekämpfung der PKK zu unterstützen. Die Türkei ist NATO-Mitglied, es gibt gute wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Türkei, bundesdeutsche Waffenliefreungen etc., was hier wohl nicht zum x-ten mal ausgeführt werden muß. Wenn die bundesdeutsche Asyljustiz die Übergriffe des türkischen Miltärs auf die Bevölkerung (die angeblich im Rahmen der Terrorismus-Bekämpfung stattfinden) als Asylgrund festschreiben würde, würde dies die Türkei als Unrechtsstaat darstellen, was nicht in die Politik der Bundesregierung paßt.
Den PolitikerInnen der BRD geht es darum, den Kampf der KurdInnen als terroristisch darzustellen, was nicht zuletzt das Verbot der PKK in der BRD und die Darstellung der Aktionen der KurdInnen in vielen deutschen Städten anläßlich des Newroz-Tages 1994 als "Terror" beweisen.

Firlefanz statt Toleranz

LeserInnenbrief zum Artikel "Kiezritter gegen ideellen Gesamtyuppie" aus dem Schanzenleben

Nun mal ehrlich, Schanzenleben! Ihr habt ja viel Platz in Eurer Zeitung, wenn Ihr dort ganze zwei Seiten lang die Gefahr einer "Anti-Yuppie-Säuberungswelle" im Schanzen- und Karoviertel heraufbeschwört. Locker-flockig kommt Euer Artikelchen daher, stolpert von Metapher zu Metapher, um schließlich zum ersten Tiefschlag auszuholen: "faschistoid" sei es, "Yuppies raus" zu sprühen. Vor allem, wo es doch immer die Falschen treffe. In diesem Fall nur eine "kleine Modedesign-Werkstatt mit handwerksüblichen Preisen" (Was denn? Designerklamotten jetzt so billig wie bei 'Schauen und Klauen'?)
Zur Veranschaulichung der Gefahr bemüht Ihr noch eine sehr verkürzte Chronologie der Aktionen von "Klasse gegen Klasse" in Berlin-Kreuzberg. Dieser Gruppe (die sind ziemlich Panne, zugegeben) unterstellt Ihr dann noch, Nazisprache zu verwenden, was Euch wohl selber ein wenig peinlich war, meint Ihr das doch ins Lateinische übersetzen zu müssen.
("Lingua Tertii Imperii", ts,ts)
Das sitzt. Technischer K.O. in der 2. Runde.

Und was lernen wir noch von Euch?
1) Die Yuppies sind nur Ausdruck des Umstrukturierungsprozesses. Also eigentlich willenlos werden sie von höheren Mächten (Gott? Helmut Kohl? Die Deutsche Bank?) gezwungen, in noch billigere Altbauwohnungen zu ziehen.
2) Ein Daimler oder Französisches Essen sind als Klischees für Reichtum "abgelutscht und unzutreffend".
3) Wer "Yuppies raus" auf Häuserwände sprayt, schmeißt irgendwann auch Handgranaten ("Junge, nimm nie Haschisch, du endest an der Spritze").

Und so weiter und so fort:
Ihr schmeißt Euch mit geballter Energie gegen jene, die sich gegen einen tatsächlich stattfindenden Vedrängungsprozeß stemmen.
Unter dem Mäntelchen einer allumfassenden Toleranz zeichnet Ihr das wirklich abgedroschene Bild des bösen mächtigen, der alles plant, während seine kleinen Rädchen (in diesem Fall die 'aufstiegsorientierte Mittelklasse') zu seinem Werkzeug werden.
Sorgenvolles Schanzenleben, auch wir machen uns Sorgen, aber weniger um Gerechtigkeit für Yuppie-Läden, als um Eure Wahrnehmung!
Wir behaupten nämlich, daß auch Yuppies und BetreiberInnen von Schicki-Läden einen eigenen Willen haben.
Wir behaupten weiter, daß Aktionen gegen solche Läden durchaus Wirkung haben können - und zwar bei den richtigen Leuten (es müssen ja nicht gleich Handgranaten sein)
Vor allem aber behaupten wir, daß angesichts von Wohnraumverknappung, Umwandlung und 'Modernisierung' der Westlichen Inneren Stadt die 'aufstiegsorientierte Mittelklasse' weit gefährlicher ist als Eure sogenannten "Kiezritter", auch wenn sie mal übers Ziel hinausschießen.
In diesem Sinne:
Firlefanz statt Toleranz!

XYZ

Der Artikel "Kiezritter gegen ideellen Gesamtyuppie" aus dem Schanzenleben Februar/März befindet sich im Zeck-Ordner. Oder kauft Euch einfach die Zeitung!!

die Red.

Und die Moral von der Geschicht`... Geschichten aus dem patriarchalen Alltag

Es ist für uns Frauen doch immer wieder interessant und aufschlußreich zu beobachten, was von dem Lippenbekenntnis linker Männer, antipatriarchal zu sein oder sich zumindest mit "diesem Thema "weitgehend auseinandergesetzt zu haben, übrigbleibt, wenn es von der Theorie in die Praxis geht.

Es gleicht einer Kette von Dominosteinen, dicht aneinander aufgereiht, scheinbar aufrecht und doch bei leichter Berührung sofort nacheinander umkippend. Nehmen wir also den ersten Stein und berühren ihn leicht. Wir nennen ihn stellvertretend auch für andere mal Jens Waßmann, hier mit J.W. abgekürzt. J.W. ist ein linker Anwalt, der zwar - wie alle - im Prinzip gegen die Verteidigung von Vergewaltigern ist, aber - ebenfalls wie fast alle - im sogenannten Einzelfall doch selber prüfen will. Was sagt uns das? J.W. fühlt sich zu einer maßgeblichen Instanz berufen, die den Einzelfall prüft und nach kompetenter Beurteilung natürlich verteidigt.

Vergewaltiger sind aber keine Einzeltäter und so gibt es auch nur eine mögliche Verhaltensweise! Solidarität mit der Frau oder dem Mädchen und konsequente Bestrafung des Täters! Die meisten Männer betrachten sexuellen Mißbrauch und Vergewaltigung ausschießlich als Sexualdelikte - für die Frauen und Mädchen sind es aber Gewaltakte. Vergewaltigung ist Mord an der Seele einer Fau, Befriedigung männlicher Macht- und Autoritätsansprüche.

Dagegen stellen wir Frauen das Prinzip der Parteilichkeit für die betroffenen Frauen und Mädchen auf, Anwälte wie J.W. negieren und bekämpfen mit ihrem Verhalten dieses Prinzip aktiv.

Historisch geht es bei einem Vergewaltigungsprozeß in einem bürgerlichen Gericht um die Beschädigung des Privateigentums eines anderen Mannes. Deshalb ist bis heute die Bestrafung von Vergewaltigern in der Ehe ein Widerspruch in sich, ebenso wie es demnach die Vergewaltigung einer Prostituierten nicht geben kann. In diesem Sinne forscht das bürgerliche Gericht nach individuellen Motiven dieser Eigentumsverletzung. Meistens kommt es dann auf Alkohol; oder die Mutter des Täters war dominant; oder das Opfer hat ihn provoziert etc. Dem jahrtausendealten Umgang mit Vergewaltigern folgt auch der Umgang mit Faschisten in der bürgerlichen Gesellschaft: Sie sind ebenfalls angeblich nichtorganisiert, von Alkohol umnebelte, verirrte, jugendliche Einzeltäter. Vergewaltigungen haben ein noch wesentlich größeres, wenn auch weniger sichtbares Ausmaß als andere Gewalttaten. Der patriarchale Staat konstruiert den Einzeltäter, damit die Massenbewegung (und nicht anders kann ein solches Ausmaß bezeichnet werden) der vergewaltigenden, gewalttätigen und mordenden Männer dahinter verschwindet.

Angesichts dessen, daß ca. jedes dritte Mädchen bereits seit ihrer frühesten Kindheit laufend sexueller Gewalt ausgesetzt ist, der Tatsache, daß in der BRD alle acht Minuten eine Frau vergewaltigt wird, in den USA jährlich 4000 Frauen an den Folgen von Vergewaltigungen sterben (und das sind offizielle Zahlen!) ist die bürgerliche Prämisse der Unschuldsvermutung vor Gericht ein weiteres Mittel, die gewalttätige Grundlage dieser Gesellschaft zu vertuschen. Auf eben diese Unschuldsvermutung stützt sich auch das Anwaltsbüro Jacobi, Patett & Co, das den sexistischen Gewalttäter Gerhard Meyerin, Vergewaltiger eines zweijährigen Mädchens, verteidigt hat. Sie führten eine Verleumdungsklage gegen die Mutter des Mädchens, die den Täter öffentlich machte. Sie, die Anwälte und Anwältinnen dieses Büros, wollten der "Denunziation" nicht Tür und Tor öffnen, heißt es. D.h., das Offenmachen der Realität der gewalttätigen, mörderischen patriarchalen Gesellschaft und der Täter, mit der wir Frauen Zeit unseres Lebens konfrontiert sind, wird mit allen Mitteln behindert/verhindert/bestraft. Unsere Realität wird negiert, wegdefiniert, verschwiegen, geleugnet und unterdrückt. Linke Männer und sich an ihnen orientierende Frauen beteiligen sich aktiv an dieser Gehirnwäsche.



J.W.`s "Argumentation" beruht auf genau den gleichen Prämissen wie die des bürgerlichen patriarchalen Staates: Unschuldsvermutung und Prüfung des "Einzelfalls", darüberhinaus kommt er mit einer angeblich fortschittlichen Psychiatriekritik. Er holt aber nicht etwa die Frauen aus der Psychiatrie, deren (individueller) Widerstand schon immer psychiatrisiert wurde, deren Motive und Kampf grundsätzlich als "irre" abqualifiziert werden, um sie dann wegzuschließen. (An dieser Stelle sei daran erinnert, daß Ulrike Meinhof für wahnsinnig erklärt und am Gehirn operiert werden sollte, um sie dann als willenloses Wesen vorführen zu können, oder an Lorena Bobitt in Virginia, USA, die ihrem Vergewaltiger-Ehemann den Schwanz abgeschnitten hat und sich jetzt im Rahmen ihres Freispruchs einer psychatrischen Untersuchung unterwerfen muß.)

Sondern J.W. wollte "seinen Kampf gegen die Psychiatrie" zugunsten eines Frauenmörders führen, der deshalb in der Klapse sitzt, weil der Staat in herausragenden Fällen Vergewaltigung und Frauenmord als psychischen Defekt bestraft, damit alle anderen "privat" weiter vergewaltigen könen.

Auch linke Männer erkennen nur in herausragenden Fällen eine Vergewaltigung an. Dabei gilt im Prinzip die Regel, je näher der Vergewaltiger mit ihnen befreundet ist oder eine entsprechende "Szene-Größe" ist, desto unwahrscheinlicher wird seltsamerweise die Möglichkeit, daß er Täter ist. Auch linke Männer leugnen die Massenbewegung von Vergewaltigern. Allerorten vielgeliebt ist in diesem Zusammenhang der Verweis, daß die Täter sich doch ändern können. Vielgeliebt deshalb, weil dann niemand mehr damit konfrontiert sein muß, was Vergewaltigung für eine Frau bedeutet. Für eine Frau bedeutet eine Vergewaltigung einen gewalttätigen Angriff auf ihr Leben und eine lebenslängliche Auseinandersetzung!

Nein, die Aufmerksamkeit richtet sich wieder ganz und gar auf die "Herren der Schöpfung". Wie könnte er sich ändern? Vielleicht eine Therapie? Dürfen wir ihn fallenlassen? War es nicht doch nur ein Ausrutscher? Könnte das nicht uns allen passieren?

Eben das ist es. Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger! Wer sich daran klammert, daß der Täter sich doch ändern kann, leugnet die alltägliche Realität von uns Frauen, leugnet das Vorhandensein der vergewaltigenden, gewalttätigen Männerbewegung in der Öffentlichkeit und "im Privaten". Wer die Lösung in der Veränderung des Täters sieht, entpolitisiert, individualisiert und erklärt letztendlich den Täter zum Opfer. Er/sie bagatellisiert hierdurch sexuelle Gewalt zu einem "schlimmen Ausrutscher", zu einem Fehler, für den mann sich ja später entschuldigen kann. Wir fordern lebenslängliche Stigmatisierung für Vergewaltiger!

Nächster Dominostein in der bereits fallenden Kette ist das Verhalten der Prozeßgruppe zum Gerhofstraßenprozeß. Zwar existierte anfangs noch die Forderung an den Angeklagten Udo Hergenröder, der sich von J.W. verteidigen läßt, selbigem das Mandat zu entziehen. Doch besagter Udo H. weigert sich ganz einfach. Er beruft sich dagegen auf das bürgerliche Recht der freien Anwaltswahl. (Es ist interssant zu untersuchen, wie die früher verschmähten bürgerlichen Rechte offensichtlich im Kampf gegen das Feministische Parteilichkeitsprinzip taugen).

Trennt sich nun etwa die Prozeßgruppe von ihm? Nein, weit gefehlt. Sie vereinbart ein Gespräch mit J.W., dem sich dieser eine geraume Zeit entzieht. Was für ein Glück für die Prozeßgruppe! So kann sie ja immer noch behaupten, sie wolle "da was klären" und gleichzeitig ungestört den Prozeß weiter zusammen vorbereiten.

Im Prinzip würden natürlich alle ganz anders entscheiden, aber in diesem ganz besonders schwierigen Einzelfall, darf mann sich nicht spalten lassen.

Würde die Verteidigung eines Faschisten, ja selbst eines Vermieters zu Recht als politischer Verrat bewertet werden, wird sie beim Vergewaltiger und Frauenmörder zum "Fehler". Der Täterschützer Waßmann könne seine Meinung doch ändern (obwohl er das in jeder Hinsicht ablehnt!), dafür brauche mann Zeit und keinen Druck, er habe "Ängste und Blockaden", ein "Gefühl des Ausgeliefertseins" (keiner dieser so verständnisvollen Herren hat sich jemals einem sexistischen Gewalttäter ausgeliefert gefühlt...): kurzum: Täter und Opfer sind verschwunden, Vergewaltigung und Täterschutz werden zu "Problemen, die sich aus der patriarchalen Ausrichtung der Gesellschaft ergeben"".

Inhaltliche Kritik und konkrete Forderungen nach politischer Konsequenz soll mit der Viktimisierung der Täter ins Leere laufen. Selbstverständlich fürchten die Männer "die uns bekannte Konfliktentwicklung" und die "einfachen Lösungen " (sprich: konsequentes Verhalten).

"Es geht um eine Auseinandersetzung, die nicht Konsequenzlos ist, aber den Menschen sehr wohl Fehler zugesteht; bei der es nicht um Scheinklarheiten geht, sondern um Veränderung. Dafür sollte Zeit sein, ohne den Druck des Prozeßbeginns." (Alle obigen mit Anführungszeichen gekennzeichneten Zitate sind aus: Gerhofstraßen-Prozeßgruppe zur Zusamenarbeit mit Jens Waßmann, Stellungnahme einiger Männer)

Die Prozeßgruppe fordert Auseinandersetzung, offensichtlich ein Zauberwort, das schon ohne jeden Inhalt für sich sprechen soll. "Er hat sich doch auseinandergesetzt!" - ein beliebtes Argument, um Täter (und Täterschützer) zu rehabilitieren. So sind in dem Flugblatt der Prozeßgruppe zum Gerhofstraßen-Prozeß einige Seiten voll geworden, natürlich nur durch den Druck von Feministinnen, endlich öffentlich Stellung zu J.W. zu beziehen. Eigene Kriterien, die erst die inhaltliche Qualität und Zielsetzung so einer "Auseinandersetzung" bestimmen, werden erst gar nicht aufgestellt. Konsequenzen werden nicht gezogen.

Die einfachste und naheliegendste Konsequenz wäre gewesen, sich der Entscheidung der Bürofrauen aus J.W's Büro anzuschließen, die lange vor dem ersten Prozeßgruppentreffen entschieden hatten, die Zusammenarbeit und den Kontakt zu J.W. abzubrechen. Stattdessen fällt die Prozeßgruppe den Frauen in den Rücken: Sie sollen sich ohne Ende rechtfertigen, weil sie einen Täterschützer öffentlich gemacht haben. Dasselbe Prinzip kennen wir aus den bürgerlichen Gerichtssälen. Die Beweislast liegt bei der Frau - letztendlich wird sie dafür angeklagt und bestraft, daß sie patriarchale Gewalt öffentlich gemacht hat.

Dementsprechend läuft die Prozeßgruppe im Schwarzmarkt auf und macht Druck, weil Frauen die Prozeßtermine nicht ausgehängt haben. Sie hatten sich entschieden, für Männer , von denen sie bekämpft werden, keinen Finger krumm zu machen .

Die Männer der Prozeßgruppe schreiben, daß die patriarchale Zurichtung ihr Bewußtsein präge und deshalb sexuelle Gewalttaten kaum von ihnen wahrgenommen würden. Gleichzeitig gehen sie selbstverständlich davon aus, daß sie mitzuentscheiden hätten, was mit Gewalttätern zu geschehen hat. "Mit kollektiv meinen wir hier, daß dies nicht nur von Männern, sondern nur zusammen mit Frauen entschieden werden kann" (Zitat: Prozeßgruppenmänner) Welche Großzügigkeit, Frauen mitentscheiden zu lassen, welche Konsequenzen aus uns angetaner Gewalt gezogen werden. Steckt da nicht die Angst dahinter, daß Frauen vielleicht über ihre Scham, ihre Isolation und Hoffnungslosigkeit hinaus, sich die Freiheit nehmen, selbst über ihr Leben zu entscheiden und damit ihnen jeglichen Zugriff und Machtausübung verweigern.

Dieser hier formulierte selbstgefällige Anspruch leugnet ihre eigene (potentielle) Täterschaft, zeigt, daß sie ihre Privilegien nicht aufgeben wollen und sich entschieden haben, weiterhin eine stabilisierende Rolle im Patriarchat zu spielen.

Wir sagen: FRAUEN UND NUR FRAUEN ENTSCHEIDEN, WAS MIT SEXIS-TISCHEN GEWALTTÄTERN GEMACHT WIRD!

Folgen wir der Geschichte weiter: Einige Zeit nach Prozeßende platzt auch anderen Frauen der Kragen, endlich entstehen zwei Flugblätter aus feministischer Sicht. Beide fordern den Boykott von Anwälten, die Vergewaltiger verteidigen. Als Zeichen der Solidarität sollen in der Zweitauflage auch noch andere Gruppen mitunterzeichnen. Hier nun beginnt der dritte Teil des Schauspiels. Wenden wir unseren Blick exemplarisch auf die ehemalige Hochburg des autonomen Widerstands, der allerdings in anti-patriarchaler Hinsicht noch nie sonderlich glänzen konnte. Richtig: die Hafenstraße. Dort wird besagtes Flugblatt mit dem Ziel der Unterstützung aufs Plenum eingebracht. Eine Unterschrift würde in diesem Falle schon ein bißchen mehr bedeuten. J.W behauptet auf dem Plenum, wesentliche Fakten in dem Flugblatt seien falsch. Er kann dies behaupten, weil den (anklagenden) Frauen sowieso nicht geglaubt wird. Das Publikum bekräftigt seinen eh patriarchalen Standpunkt durch eine "Diskussion" über die Probleme, die jetzt auf den armen Jens, einen langjährigen Genossen, zukommen könnten, statt über den Inhalt der Kritik. Dementsprechend ist Ergebnis, daß sich die FRAUEN, die J.W beschuldigen, erneut rechtfertigen sollen (vielleicht kann mann ihnen ja bei dieser Gelegenheit ein paar Vorwürfe ausreden).

Trotz J.W.'s Haltung von Anfang an: Nicht-Erscheinen, Festhalten an seinen Positionen, Erklärung, seine anwaltliche Arbeit sei "Privatsache" etc., erweckt er bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Plenums befriedigend den Eindruck einer "Auseinandersetzung". Bei dieser "Auseinandersetzung" geht es offensichtlich nicht um eine eindeutige Distanzierung, sondern um das Hin und Her dieser und jener Gefühlsschwankung und vor allen Dingen darum, Zeit zu gewinnen, so daß mann das Kräfteverhältnis zwischen feministischer und patriarchaler Seite besser einschätzen und dementsprechend im eigenen Interesse adäquat reagieren kann. Das Klima in der Hafen-

straße ist für Waßmann derart günstig, daß er nicht nur die Realität wegdefinieren kann, sondern auch noch lautstarke Anerkennung ob seiner mannhaften Haltung, er lasse sich nicht vorschreiben, wie er mit "Problemen" umzugehen habe, erheischt.
Wie sehr Männer dieses Plenums zur Verewigung des patriarchalen Gewaltverhältnisses beitragen, zeigen Sprüche wie: "Er ist ja nicht der einzige" und "Alle von uns haben doch manchmal sexuelle Gewaltphantasien. Zynisch argumentieren sie mit der Spitze des Eisberges, mit dem Verweis auf die nach Millionen zählenden Gewalttäter und Täterschützer. Und dies nicht, wie frau naiv zu Anfang glauben könnte, um zu fordern, daß dagegen etwas unternommen werden müsse, sondern um klarzumachen, daß die Realität eben so ist und mann gar nicht anzufangen braucht, sie zu ändern. Die Männer wissen genau, daß sie es alle sind und tragen das stolz wie ihren Schwanz als Waffe vor sich her. Es wird ihnen aber nichts nützen, denn wir sind nicht "gerecht". Die Festlegung auf die "Fairness" soll dazu dienen, uns in unseren Möglichkeiten im antipatriarchalen Kampf einzuschränken. Sie soll uns auf ein kontrollierbares Handlungsterrain festnageln, wobei diese sogenannte Fairness uns gegenüber sowieso nicht gilt.
In der Prozeßgruppe waren die TYPEN auf Solidarität angewiesen. SIE waren angeklagt. Soldaritäts-Arbeit zu einem Prozeß beruht aber auf GEGENSEITIGER politischer Solidarität. Typen, ,die sich auf die Seite eines Vergewaltigers stellen, wenn sie sich entscheiden sollen, verlassen diesen Boden. Trotzdem stellen SIE sich hin, werfen uns Spaltung vor und nutzen damit unsere Sozialisation, immer fair zu sein. Typen dagegen reagieren mit ALLEN Mitteln, die sie brauchen, um ihr Ziel zu erreichen. Jede von uns kennt das: auf eine "minimale" Anforderung kommt die "Antwort" auf einer Eskalationsstufe, die uns deshalb überrumpelt, weil sie uns so unangemessen erscheint.
Wir machen weiterhin öffentlich, was wir für richtig halten. Wir entscheiden das aus unseren eigenen Bedingungen.

DIE GEWALT GEGEN FRAUEN IST UNIVERSELL UND IHRE ABSCHAFFUNG WIRD DURCH DIE FRAUEN UND UNIVERSELL SEIN!
SCHÜRT DEN FRAUEN- UND LESBENZORN!

DIE ZUKUNFT IST FEMINISTISCH ODER GAR NICHT!

Hamburg, März 94
BELLA (...eines Morgens wachte Bella auf und merkte, daß sie es satt hatte...)



Zur Auseinandersetzung um J.W.

Wir haben letzten Monat eine Stellungnahme einer Einzelperson zur Zusammenarbeit mit Jens Waßmann bekommen, in der die Öffentlichmachung seiner Vergewaltigervertretung als "politischer Rufmord" bezeichnet wurde und das Floraplenum aufgefordert wurde, die Erkärung vom 19. 1. 94 zur Gerhofsolifete öffentlich zurückzunehmen.
Der Text legt den FlugblattmacherInnen nahe, sich anstatt mit Vergewaltigung, -gern und deren juristischen Vertretern lieber mit dem Instrument der Sicherungsverwahrung auseinanderzusetzen.
Überhaupt sollte dem Textmacher nach nicht mehr darüber geredet werden für wen sich J. W. eingesetzt hat, sondern nur noch gegen was (gegen Sicherungsverwahrung eben).
Dafür schweigt sich der Text zur juristischen Vertretung eines Vergewaltigers und Frauenmörders aus. Waßmanns Verhalten in dem Anwaltsüro, der Bruch des Konsenses keine Vergewaltiger zu vertreten, überhaupt den ganzen Fall nicht kollektiv besprochen zu haben wird zwar als "Fehler" bezeichnet. auf den - da ja die Auseinandersetzung mit der Sicherungsverwahrung viel glorreicher ist, nicht weiter eingegangen wird. Dieser "Fehler" wird zum Teil dadurch zu relativieren versucht, daß in dem Anwaltsbüro schon vor der juristischen Vertretung des Vergewaltigers und Frauenmörders durch J.W. eine "Anti-J.W.- Stimmung" bestanden hat.
Wir halten die in dem Text angemahnte Diskussion um das Instrument der Sicherungsverwahrung für eine Nebelgranate, welche für J.W. abgeschossen wird um von seinem Verhalten abzulenken.
Ein Nichtbenennen der juristischen Vertretung eines Vergewaltigers und ein Vorschieben des vermeintlichen Kampfes gegen die Sicherungsverwahrung ist eine Form für den Vergewaltiger/ -verteidiger Stellung zu beziehen.
Der Einwand gegen Knäste oder gegen Sicherungsverwahrung zu sein entschuldigt eine juristische Vertretung / Verteidigung eines Vergewaltigers nicht!
Deswegen haben wir diesen Text nicht abgedruckt!
Die Red.

Auf zur Revolution!

Einige haben sicherlich schon von dem Zusammenschluß 'Armes Hamburg' gehört. Dieser Kreis ist entstanden aus dem Widerstand der Projekte aus dem Jugendhilfebereich gegen die aktuellen Kürzungsvorstöße des Hamburger Senates in diesem Bereich und einer Podiumsdiskussion zu den Opfern Hamburger Sparpolitik an der Uni im Rahmen der letzten Streikaktionen.
Eine einmalige gesellschaftliche Situation greift dieser Kreis auf:
Die Zerstörung 'sozialer Errungenschaften' in fast dem gesammten bildungs-, sozial- und jugendpolitischen Bereich. Waren sich die 'Herrschenden' bisher einig, ihre Umverteilungspolitik zu Lasten der sozial Schwächeren, in kleinen Schritten durchzusetzen, holen sie mit der Rezession im Rücken nun zum großen Schlag aus. Nach dem Motto; wie auch überall plakatiert: " Kosten runter - Beschäftigung rauf !".
- Erkämpfte 'Brosamen' der ArbeitnehmerInnen wie Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und Kündigungsschutz stehen neben Reallohnverlusten genau so zur Disposition, wie annähernd gleiche Ausbildungschancen an der Uni für weniger betuchte StudentInnen. Die Sozialleistungen werden entweder pauschal oder selektiv für einzelne Bevölkerungsgruppen gekürzt.
- Flüchtlinge erhalten Fertigessen oder Gutscheine statt Bargeld, ihre Kinder werden in der Schulbildung behindert und die sog. minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge werden in Billigstjugendwohnungen abgeschoben.
- Durch Einschnitte im ABM- und Umschulungsbereich werden schlechte Berufschancen und eine Abhängigkeit von unzureichenden staatlichen Leistungen zementiert, während gleichzeitig alle Behörden computermäßig vernetzt werden, um die letzten Nischen sog. " illegaler Beschäftigung " zu schließen, die noch ein einigermaßen erträgliches Leben ermöglichten. -
- Die Arbeitsbedingungen für LehrerInnen und damit die Qualität der Schulbildung wird verschlechtert;
ganz zu schweigen von der Idee, SchülerInnen schneller der Verwertung des Arbeitsmarktes zuzuführen.
- Die kleinen Schritte einer liberalen Drogenpolitik werden im Keim erstickt oder gar wieder rückgängig gemacht.
- Einkommensschwache -Menschen- werden durch eine Stadtentwicklungspolitik vertrieben, die sich auf imageträchtige Großprojekte konzentriert. Der eng damit verbundenen Mietsteigerungen- und Umwandlungswelle können viele Menschen nicht standhalten.
- SozialhilfeempfängerInnen werden begutachtet, ob sie "wegen Vernachlässigunge des Äußeren" oder "mangelnder Hygiene", ihre "Integration ins Berufsleben" selbst vorsätzlich verhindern. Arbeitslose sollen im Sommer diesen Jahres erstmals wieder für DM 25/Tag zusätzlich zum Arbeitslosengeld/ -hilfe zur Erntehilfe aufs Feld.
- Die Stadtteilkultur in Hamburg, die sich schon mit einem Etat begnügen würde, der der Zinstilgung für die Kunstinsel entspricht, wird arbeitsunfähig gekürzt.
Diese Liste ließe sich fast unendlich fortsetzen.
Ein Bereich soll zum Schluß aber noch erwähnt werden: Die radikale Linke und ihre Projekte. Schon immer gearscht meinen nun viele, sie hätten die Opferrolle gepachtet.
Mag es auch schwerfallen, gemeinsam mit einem Heer von SozialarbeiterInnen die globalen Mißstände zu problematisieren und zu bekämpfen; angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Situation sollte der Versucht gewagt werden! Schließlich ist die Politik, die Hafen und Flora... verhindern will und sich für ein Quarree in Ottensen, das Phantom der Oper oder eine Fleetinsel... einsetzt, nun einmal die gleiche, der Projekte aus dem jugend-, bildungs- und sozialpolitischen Bereich zum Opfer fallen.
Eine erste Gelegenheit für eine gemeinsame Aktion bietet eine Großdemo am 27.4., zu der neben 'Armes Hamburg' auch GEW, SchülerInnenkammer, AG-Stadtteilkultur u.a. aufrufen. An diesem Tag Beginnen die Haushaltskürzungsverhandlungen für 94, die 1/3 von dem einsparen sollen, was für 95 geplant ist!
(Jeden Donnerstag trifft sich 'Armes Hamburg' in den Autonomen Jugendwerkstätten, Amandastraße 58)
Wird die Demo nett, können wir es am 1.Mai gleich nochmal machen!

Große Bündnisdemo
aller Opfer Hamburger und bundesweiter Spar- und Repressionspolitik
am 27.04.94

Koordinierungstreffen gegen Armut und Arbeitslosigkeit

Die HDW-Info-Gruppe lädt ein zur Gründung einer Koordinationskonferenz gegen Armut und Arbeitslosigkeit

Unsere Gruppe trifft sich seit Sommer '93 im HDW- und Metallerarbeitslosenzentrum in der Thedenstrasse 99. Seit dieser Zeit beschäftigen wir uns mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung in der BRD:
- mit dem Abbau sozialer und politischer Rechte der von Armut und Arbeitslosigkeit Betroffenen
- mit dem Ausbau von Zwangsarbeit (§ 18 - 20. 25 BSHG) und Arbeitsdiensten für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen,
- mit dem Abbau tariflicher Rechte, dem Einführen flexibler Arbeitszeiten und dem Ausbau eines "grauen" Arbeitsmarktes des Heuern und Feuern.

So sind denn beim "Sparen" immer nur die "unproduktiven" Armen gemeint, nie aber die Milliardengewinne der Banken und Konzerne. Unserer Meinung nach geht es aber nicht ums "Sparen" (Geld genug ist vorhanden), sondern um ein radikales Umverteilen von Arbeit und Einkommen zugunsten der Armen (nicht nur) in dieser Gesellschaft. Hierfür gilt es ein politisches Klima zu schaffen.

- Deswegen machen wir seit Sommer 93 einen Büchertisch und Infostand vor dem Arbeitsamt und dem Sozialamt in Altona.
- Deswegen planen wir eine Veranstaltungsreihe zu sozialpolitischen Themen.
- Deswegen unterstützen wir den gemeinsamen bundesweiten Aufruf der BAG Initiativen gegen Armut und Arbeitslosigkeit und der BAG Sozialhilfeinitiativen gegen Zwangsarbeit und Arbeitsdienste.
- Deswegen treten wir ein : *Für ein Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung.*

Mit unserer Veranstaltung am **Mittwoch, den 6. 4. 94 um 19.00 Uhr** im Metaller Arbeitslosenzentrum in der Thedenstr. 99 wollen wir eine Koordinationskonferenz aufbauen, die aus Initiativen bestehen soll, die gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen wollen. Alle sozialen Bewegungen sind dazu eingeladen. Auf dieser Veranstaltung wollen wir auch den Stand der Vorbereitung einer Kampagne gegen Zwangsarbeit und Arbeitsdienste darstellen. Hierzu haben wir Michael Bättig aus dem SprecherInnengremium der BAG Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut eingeladen. Außerden werden wir unsere Vorstellungen zum Aufbau einer Koordinationskonferenz und zum weiteren Widerstand gegen die von uns kurz skizzierten Entwicklungen erläutern.

OptimistInnen aller Gruppen vereinigt Euch !!

Info-Gruppe
jeden Donnerstag 18 Uhr
HDW und Metaller Arbeitslosenzentrum
Thedestrasse 99, 22767 Hamburg

Die Situation am Hafen spitzt sich zu

Am Mittwoch, den 16.3. hat Hafenrand GmbH-Chef Dirksen auf dem ehemaligen Bauwagenplatz neben den Hafenstraßenhäusern mit den ersten kleineren Bauarbeiten beginnen lassen (Bohrungen). Der "richtige" Baubeginn, inklusive Zaun und großer Maschinen, soll Mitte April folgen. Spätestens dann kommt die erpresserische Erklärung Voscheraus zum Tragen, nach der ein Erhalt der Häuser nicht auszuschließen sei, wenn die Realisierung des einfallslosen städtischen Modells erduldet werden würde. Dabei wird die Hafenstraße in eine Art "Sippenhaft" genommen. Jegliche Unmutsäußerungen von solidarischen Gruppen aus dem Stadtteil sollen sie verhindern, um ihre eigene Existenz zu sichern. Wie am Freitag, dem 18.3. deutlich zu erkennen war, will Dirksen diese Situation ausnutzen, um sich seine Lebensaufgabe, den Abriß der Häuser zu erreichen, zu erfüllen. Er setzt auf Provokationen, die sicherlich noch größere Ausmaße annehmen werden. Gänzlich unnötig bestand er darauf, gerade unter dem stählerenen Kunstwerk ("Kein Leben in der Kiste") eine Probebohrung durchzuführen und die Figur zu verschrotten. Das Kalkül Dirksens war dann aber zu offensichtlich, so daß Steb-Senator Mirow telefonisch aus dem fernen Bonn Dirksen, die fleißig agierenden Bullen und die Feuerwehr mitten im Einsatz zurückpfiff. Für den 29.3. hat er sein erneutes, polizeilich verstärktes Kommen angekündigt, um die Figur abzureißen.

Es soll jetzt alles darangesetzt werden, die Bauarbeiten auszusetzen und Mirow zum Dialog mit AnwohnerInnen, BewohnerInnen und den sozialpolitischen Gruppen des Stadtteils zu drängen. Die "neue Planungskultur des Dialogs" mit den Betroffenen wird von der Steb seit der mittlerweile abgestürzten Traute Müller mit ihren Runden Tischen als Imagepolitur verwendet. Leider ist von dieser Planungskultur immer dann keine Rede, wenn die Betroffenen wirklich ihre Bedürfnisse artikulieren und durchzusetzen versuchen, wie eine endlose Liste von Beispielen zeigt: Flora, Florapark, Hertie-Quarree, Wasserturm, Laue, Millerntor, Neustadt...

In diesem Fall soll ein umfassendes Alternativmodell der Hafenstraßengenossenschaft vom Tisch gefegt werden, das aus dem Stadtteil heraus entwickelt wurde, sich an den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen orientiert, dessen Finanzierung steht und im Modell von Architekten umgesetzt worden ist. Selbst Oberbaudirektor Kossak überkommt heimlich das Verlangen nach Umsetzung dieses Modells - "leider" hat er nichts zu sagen.

Informiert euch - solidarisiert euch!

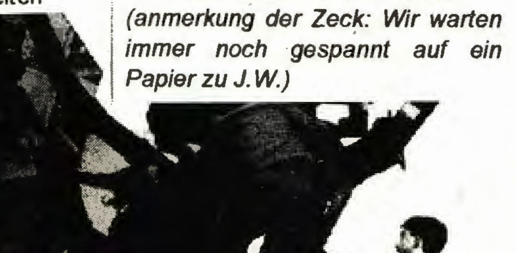
Infos täglich 17-19 Uhr im Genossenschaftsbüro, Bernhard-Nocht-Str.24 (Tel. 317 25 44, Fax. 317 25 46).

Faxt und telefoniert mit Voscherau (Tel: 36 81 22 11, Fax: 36 81 21 80) und Mirow (Tel: 431 39 30, Fax: 439 27 58 und 430 09 19), legt die Leitungen und die Arbeit der Behörde lahm und fordert einen Baustopp und den Dialog mit dem Stadtteil.

Kommt zur Stadtteilkonferenz am 30.4. um 19 Uhr im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz).

Kein Leben in der Kiste!

(anmerkung der Zeck: Wir warten immer noch gespannt auf ein Papier zu J.W.)



Peter 2/12 meldet sich nicht mehr... oder die Chronologie der Ereignisse um die Bauwagenburg Bambule

...Und plötzlich gabs BAMBULE , dies geschah jedenfalls nach Ansicht der STEG, als sie feststellten, daß es in der Vorwerkstraße im Karoviertel einen Bauwagenplatz gibt. Was war geschehen?

Vor gut einem Jahr erlaubte die STEG den Mitgliedern des Wohnprojektes Marktstr.107 in der Vorwerkstr. übergangsweise Bauwagen aufzustellen. Im Laufe der Zeit wurde der Platz mit Bauwagen besiedelt und es entstand eine vom Wohnprojekt unabhängige Gruppe, die hier im Bauwagen leben und wohnen will. Wir sind im Augenblick zu sechst und versuchen, hier ein gemeinschaftliches Zusammenleben zu gestalten, ohne Mietzwang und gegen die übliche Verbannung in Wohnghettos am Stadtrand, die für die Menschen ohne Kohle vorgesehen sind. Wagenleben ist deshalb für uns der Versuch unsere Utopien (wie etwa Kollektivität, Selbstbestimmung, Widerstand und Solidarität) hier und jetzt umzusetzen. Wir BewohnerInnen der Bauwagenburg BAMBULE haben deshalb folgende Zielsetzungen für unser Leben im Bauwagen formuliert: Offenes solidarisches Miteinander. Bezahlbaren Wohnraum. Bewußter Umgang mit unseren Lebensgrundlagen und kritische Auseinandersetzung mit unserem Konsumverhalten. Selbstbestimmten Freiraum schaffen. Kollektiver Alltag. Den Kampf gegen die herrschende Ordnung führen.

Über diese persönliche Diskussion hinaus ist der Bauwagenplatz aber auch ein Teil unseres Karoviertels, d.h. wir wollen unsere Ideen von einem lebenswerten Leben mit möglichst vielen Menschen aus dem Viertel und darüberhinaus zusammen verwirklichen.

Die gegnerischen Mannschaften!

Ein Ruf auf den Soli-Kundgebungen für unsere Wagenburg war: "Gegen die HERRschende Ordnung der Welt, Bambule wird bleiben, weil es uns gefällt". Doch was uns gefällt, gefällt anderen offenbar nicht. Deshalb sind jetzt

1. Die STEG als Verwalterin des Geländes an der Vorwerkstr. hat bereits einmal versucht, uns mit einem Strafantrag wegen "Hausfriedensbruchs" durch die Bullen abräumen zu lassen. Laut eigener Aussage duldet die STEG prinzipiell keine unberechtigte Inbesitznahme oder Besetzung von STEG-Eigentum. Sie stellt sich damit voll auf die Seite der staatlichen Vertreibungspolitik gegen Menschen, die sich aus politischen oder ökonomischen Gründen das nehmen, was ihnen sowieso gehört. So wird dann auch klar, daß es eine Lüge ist, wenn die STEG behauptet, sie würde eine Sanierungspolitik in Zusammenarbeit und im Sinne der Betroffenen machen, denn Wohnprojekte duldet die STEG nur, wenn sie einer weiteren Befriedung des Viertels dienen.

2. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte, welches sich strikt weigert, Bauwagenplätze zu dulden (wie übrigens alle anderen Bezirke auch, außer Altona und Eimsbüttel). Statt politisch verantwortlich zu handeln, läßt das Bezirksamt HH-Mitte alle Wagenburgen aufgrund des Bauwagengesetzes von 1957 räumen.

3. Der Hamburger Senat , dem es schon immer nur darauf angekommen ist, den Wirtschaftsstandort Hamburg durchzusetzen anstatt sich um soziale Probleme zu kümmern. Es ist in Hamburg offensichtlich kein Problem, Millionen für prestigeträchtige Großprojekte (Hafenerweiterung, 4.Elbtunnelröhre, Flughafenausbau, Mehrzweckhalle, etc.), locker zu machen, während gleichzeitig für Drogenabhängige, SozialhilfeempfängerInnen und Obdachlose kein Pfennig übrigbleibt. Im Gegenteil werden selbstorganisierte Projekte, wenn sie nicht in das politische Kalkül passen (siehe sämtliche Wagenburgen, Hafen, Flora, etc.) vertrieben und mit Hilfe der Staatsgewalt weggeräumt.

Aufgrund der angetretenen Mannschaften erwarten wir nicht, daß es ein ausgeglichenes Turnier wird, der "Fairplay-Pokal" wird aber mit Sicherheit auch nicht an uns gehen (denn wir sind zwar klein, aber dafür fies und gemein!)

Unglaublich aber wahr, noch sind wir da!

Seit der ersten Räumungsaufforderung durch die STEG formierte sich ein breiter Widerstand im Karoviertel und darüberhinaus. Dieser Widerstand gegen eine nach Meinung aller völlig verfehlte Stadtteilpolitik der STEG wurde von vielen Einzelpersonen und sämtlichen Wohnprojekten getragen. Hier wird klar, daß die scheinbare Befriedungspolitik der STEG von den Menschen hier nicht mehr kommentarlos gefressen wird. Immer mehr erkennen, welche Interessen eigentlich hinter der Politik der STEG stehen: Momentan werden vermehrt Wohnungen, die leerstehen, im Karoviertel besetzt; die Wohnprojekte, die mit der STEG "zusammenarbeiten", beziehen offen Stellung gegen die STEG-Politik; es entstehen gerade jetzt neue Strukturen, um die Interessen im Karoviertel zu formulieren und durchzusetzen.

Dieser Widerstand hat dazu geführt, daß sich die STEG aus der Auseinandersetzung um die Bauwagenburg BAMBULE vorläufig zurückgezogen hat und nun ihre Verantwortlichkeit an das Bezirksamt Mitte weitergegeben hat. Die weitere Entwicklung ist offen, denn wir erwarten nicht, daß das Bezirksamt sich ruhig verhält.

Bauwagenburgen in Hamburg

Es gibt in Hamburg einige Wagenplätze mit ganz unterschiedlichen Geschichten und Bedingungen/Situationen: Gemeinsam ist allen diesen Plätzen, daß sie eigentlich alle nicht gewollt sind und die Rechtslage immer die Möglichkeit läßt, sie wegzuräumen. Durch die Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt und die permanente Verschärfung der sozialen Umverteilung nach oben, gibt es in Verwaltungsapparat/Politik aber auch Leute, die in Wagenplätzen (übergangsweise!?) eine Lösungsmöglichkeit für ihre Versäumnisse sehen. Es gibt Überlegungen, für Hamburg zentrale feste Plätze auszuweisen, auf denen das Wohnen im Wagen erlaubt sein könnte. Vorschläge der Technokraten waren z.B. Altenwerder oder der Parkplatz Braun am Volksparkstadion. So könnten dann alle, denen es ein unvermeidbares Herzensbedürfnis ist, in Bauwagen zu leben, schön einfach abgestellt werden. Es wird Zeit, daß die "hohen Herren" endlich lernen, daß wir uns nicht vorschreiben lassen, wo und wie wir leben wollen.

Chronologie:

26.01. Brief der STEG, daß der Bauwagenplatz bis zum 31.3.94 geduldet ist.

27.01. Wagenburg BAMBULE teilt in einem Flugblatt mit, daß sie weiter

auf dem Platz leben und wohnen wollen. STEG sehr entsetzt.

30.01. Besetzung des südlichen Schlachthofendes (unter STEG-Verwaltung) durch die Wagenburg FELIDAE. STEG sehr sehr entsetzt.

31.01. Brief der STEG, daß die Wagenburg BAMBULE den Platz bis 8 Uhr räumen soll, Gespräch mit der STEG scheitert. Demo gegen die Räumung der Wagenburg mit Besuch der STEG-Büros in Karo- und Schanzenviertel.

03.02. Räumung der Wagenburg FELIDAE durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte. STEG stellt Strafantrag gegen BAMBULE wegen Hausfriedensbruchs.

04.02. Besetzung des Schulterblatts vor dem STEG-Hauptbüro. STEG zieht aufgrund des Drucks und der rechtlich unklaren Lage den Strafantrag zurück und schlägt für den 11.2. ein Gespräch vor.

11.02. STEG läßt das Gespräch platzen, weil sich das Bezirksamt Mitte eingeschaltet hat. Neuer Gesprächstermin für den 23.02.

22.02. STEG stiehlt sich aus der Verantwortung und erklärt, daß Bezirksamt Mitte als Besitzer nun zuständig sei.

BAMBULE BLEIBT !!!!

BAUWAGENPLÄTZE IN ALLEN BEZIRKEN DURCHSETZEN !!!!

ABSCHAFFUNG DES BAUWAGENGESETZES !!!!



Freies Sender Kombinat

Radio Loretta, Radio St. Paula, Pink Channel, UniRadio und eine Reihe weiterer Radiogruppen bilden zusammen das Freie Sender Kombinat FSK. FSK erwartet die Ausschreibung einer UKW - Frequenz für ein nichtkommerzielles Lokalradio noch für den Frühsommer 1994, um die es sich als AnbieterInnengemeinschaft bewerben will.

Vor drei Jahren wurde Radio St. Pauli (und auch das Feministische Radio, d.S.) an diesem Punkt ausgebremst und schließlich zurückgeschlagen, an dem FSK heute steht. Wir schätzen die Aussichten einer Bewerbung um die Frequenz heute als weit besser ein als damals für Radio St. Pauli; es mangelt aber an Mitgliedern, die das Radio vor allem finanziell fördern.

Im Freien Sender Kombinat verbinden sich sehr verschiedene politische, ästhetische und radiophone Vorstellungen und Konzepte. Dies ist eine Stärke des Projekts FSK. Sein Gelingen wäre ein Beispiel dafür, daß auch heute emanzipatorisches Handeln und Selbstorganisation über den Tellerrand hinaus möglich sind.

Sollte FSK aus der bald zu erwartenden Frequenzausschreibung als Lizenzträgerin hervorgehen, könnte



Sendebeginn auf der eigenen Frequenz Anfang 1995 sein. Der Finanzbedarf für ein unabhängiges Programm (bei ehrenamtlicher Redaktionsarbeit) liegt bei 13 000 DM im Monat; diese laufenden Kosten müssen durch Fördermitgliedschaften und Spenden gedeckt werden (ein Produktionsstudio ist dank einer einmaligen Zuwendung der "Hamburgischen Medienstiftung" bereits vorhanden.) Bei einem durchschnittlichen Monatsförderbeitrag für Einzelpersonen von zehn Mark heißt das, daß wir ohne deutlich über tausend Fördermitglieder gar nicht erst auf Sendung zu gehen



brauchen. Wir müssen also jetzt schleunigst die finanziellen und organisatorischen Grundlagen für den Radiobetrieb schaffen. Wir bitten daher alle, die bisher noch zögern, jetzt Fördermitglieder zu werden und nicht damit zu warten, bis eine Frequenz da ist. Die fällt nämlich nicht vom Himmel. Nebenbei: Wir haben auch heute schon, noch auf dem Weg zur Frequenz, monatliche Kosten für den Unterhalt unseres Studios und Öffentlichkeitsarbeit von über 3000 Mark. Auch die wollen bezahlt sein. Mehr als Geld freuen uns neue aktive Mitglieder, die sich an der redaktionellen und organisatorischen Arbeit beteiligen.

Was die einzelnen Radiogruppen im FSK senden, läßt sich dem FSK - Programmflugblatt entnehmen. Die FSK - Sendungen im Offenen Kanal (96 MHz) haben ab April 94 folgende Zeiten:

Montags bis freitags 20 - 21 Uhr (MO Radio St. Paula, DI Loretta, MI UniRadio, DO FSK Spezial/Radio Bergedorf, FR Loretta)

Wiederholung der Sendungen am Folgetag um 14 Uhr!

Samstags: 19 Uhr Radio 50/Hamm/Brisanz, 20 Uhr Pink Channel; Wiederholung am folgenden Montag ab 13 Uhr.

Wer FSK unterstützen möchte, kann im "Förderverein AG Radio" Fördermitglied werden (Formular auf dem FSK - Programmflugblatt). Je nach Vorliebe, ist es auch möglich, direkt bei Radio Loretta, Radio St. Paula oder UniRadio Mitglied zu werden, da diese drei Projekte auch selbst eingetragene (gemeinnützige) Vereine sind. Informationen im FSK - Büro: Schulterblatt 23 c, 20357 HH, Telefon 43 43 24, Fax 430 3383.

Antifaschistische Bemerkungen ...zur Hamburger Aufführung von "Beruf Neonazi"

Die ersten Nationalen-Althans-Filmfestspiele im Hamburger Metropolis-Kino verliefen erwartungsgemäß spannungsreich. Von 4 geplanten Vorstellungen wurden eine verhindert, zwei erheblich behindert. Ursprünglich wollte das Hamburger Filmbüro, das den Nazi-Film stark gefördert hat, die Premiere im neuen Zeisehallen-komplex in Hamburg-Ottensen stattfinden lassen. Überwog in der yuppiesken Laden-, Kino- und Gastronomie-Passage noch die Angst vor Sachschaden, glaubte man im Metropoliskino die Lage besser im Griff zu haben: Zivile Kräfte der Polizei im Hintergrund, eine Einsatzbereitschaft von "Freunden des Hauses" vor Ort und liberale Diskussionszugeständnisse bildeten das Eindämmungskonzept gegen linke/feministische "Störergruppen". Diese polizeiliche bzw. befriedungstechnische Konzeption der Kinomacher war variabel und gipfelte im Aufruf des Programmgestalters Kamerad Aust "schlagkräftige Herren aus dem Publikum mögen sich den Störern entgegenstellen". Neben schlagenden Herren agierte ein "Dokumentationsteam" der Kinomacher, im Sinne von "präventiver Tätererfassung". Die Aktionen der blockierenden Gruppe während dieser 4 Abende fanden in einer entsprechend hitzigen Atmospäre statt. Individuelle Diskussionen, wüste Pöbeleien, vereinzelte Prügelszenen kontrastierten mit Phasen der Sprachlosigkeit und stummer Blockade der Leinwand.

Als Zugeständnis an die Protestierenden entschlossen sich die Kinomacher, einen dokumentarischen Vorfilm über die Massenvernichtung in KZs zu zeigen, hielten jedoch an ihrem Vorhaben, den Nazifilm zu zeigen, unter allen Umständen fest.

Im Folgenden wird noch einmal festgestellt, daß der Film "Beruf Neonazi" tatsächlich faschistische Propaganda ist und über die Motive von Publikum und Kino/Filmbüro räsoniert, so vehement für die Kameraden Althans und Bonegel einzutreten.

1. "Beruf Neonazi" - ein Splatterfilm für Humanisten

Dieser Film ist tatsächlich indiskutabel - in jeder Hinsicht. Er ist als Extrembeispiel für unsere Diskussion um einen linken, revolutionären Kunstbegriff und eine entsprechende Kulturpolitik insofern verwendbar, als er zeigt, was die bürgerliche Freiheit der Kunst als Freiheit VON Moral bedeuten kann.

Die schwächliche Stimme eines Kameraden aus dem Off, die artig Fragen stellt, und die Kameraführung aus der Perspektive eines deutschen Schäferhundes sind die filmästhetisch auffälligsten Mittel eines sich träge und servil hinschleppenden Films, die banale Form lenkt die Aufmerksamkeit um so stärker auf den Inhalt.

Die Faschisten Zündel und Althans haben nicht nur Gelegenheit, ihre politischen Projekte zu schildern, sondern auch, sich von der "menschlich"-persönlichen Seite zu zeigen. Zündel zeigt sich jovial und malerisch begabt (scheint jedoch Hitlers Niveau knapp zu verfehlen), Althans gibt sich schneidiger und erfolgsorientiert ("Herrenmensch sein, heißt selbstständig zu sein"). Gerade für Althans und seine Münchner AVÖ ist dieser Film eine große Sache: Im nationalen Lager wegen Homosexualität und Führerallüren umstritten und nach zuletzt unheldischem Hickhack um den "rudolf-hess-gedenkmarsch", kann er vor einem großen Publikum seine Konzeption nationalsozialistischer Kaderarbeit entwickeln und sich als starken Mann empfehlen. Die seit Kühnen verbreitete Strategie der Neofaschisten, Öffentlichkeit um jeden Preis zu erlangen, um erst bekannt, dann beliebt zu werden, geht in diesem Fall glänzend auf. Abschließend bleibt zu sagen: für Althans und seine Münchner Gruppierung ist dieser Film ein großer Schritt nach vorn, möglicherweise sollte damit einem drohenden Bedeutungsverlust innerhalb des nationalen Lagers vorgebeugt werden.

2. Die Programmacher: Nationales Infokino Hamburg

Auffälligerweise wird der Film bisher von "anspruchsvollen", "alternativen" Kinos und Kulturinstituten protegiert, die glauben, den Film aufgrund seines "aufklärerischen Charakters" zeigen zu müssen. Da heißt es einfach: weil viele Medien über den Film berichten, "müssen wir ihn ZEIGEN, um darüber diskutieren und urteilen zu können. Dabei wird eine eigene, entschiedene Haltung gegen den Film, allein schon weil er im Einverständnis mit Neofaschisten produziert wurde, von vornherein ausgeschlossen. Statt dessen überlagert ein "jetzt-erst-recht" Gehabe im Blick auf die Verbotsversuche der konservativen Bürokratie und des Zentralrats der Juden die moralische und politische Auseinandersetzung. An dieser Stelle leuchtet die fortgeschrittene Entpolitisierung dieser Altalternativen, linksliberal-alt 68er-Kulturprojekte auf: Die eigene Selbstwahrnehmung als unbequeme Geister, die sich der Zensur nicht beugen, ersetzt die konkrete Auseinandersetzung um Propaganda, Medienwirkung und Antifaschismus. Damit entwikkelt sich ein munteres Doppelpaßspielchen zwischen organisierten Neofaschisten und liberal-alternativen Medien/Kulturinstituten: Die Nazis wollen der Öffentlichkeit der Debatte um "Ausländer raus", "Auschwitzlüge" und Euthanasie aufzwingen und die liberalen Medien bieten die Bühne dazu. Das ist die neue National-Liberale-Koalition: Die Attitüde von TAZ, Kino 3001, Filmbüro und Metropoliskino, über Alles reden zu können, trifft sich mit der Strategie Worchs und Kühnens, "in aller Munde zu sein". (Eine zugegebenermaßen unappetitliche Metapher -pardon!)

3. "Aber wir sind doch kritisch!"

Das Publikum der Hamburger Vorstellungen bestand im Wesentlichen aus gebildeten, liberalen Menschen zwischen 25 und 45, eher Studierende, KünstlerInnen, AkademikerIinnen als Schüler, Azubis und ArbeiterIinnen. Es sah aus nach mobilgemachter Tazleserschaft und Lichterkettenhundertschaften, die Vorstellungen waren gut besucht, die Presse kommentierte zurückhaltend (bis auf Taz). Was macht also diesen Film so attraktiv für ein Publikum, das genug Geld und Bildung besitzt, um sich mittels zahlloser Publikationen fachkundig und detailliert über Neofaschismus zu informieren? Bücher, Veranstaltungen, Seminare und Filme wie der Dokumentationsfilm über die Pogrome in Rostock bleiben links liegen.

Die Gründe für die Attraktivität dieses Films sind eher in der Selbstwahrnehmung und -projektion von Publikum und Programmmachern zu suchen. Aufgeschreckt durch Verbotsversuche der konservativen Bürokratie, erkennt der liberale Citoyen seine Pflicht, den Film zu zeigen oder zu sehen. Von Zivilcourage und Freigeistigkeit gebläht, tritt er dem staatlichen Angriff auf die Freiheit der Kunst todesmutig entgegen.

Nazis zu sehen oder zu zeigen, scheint bei diesen Liberalen eine Art "Gefühlsimplosion" zu erzeugen: In einer Mischung aus Schaudern und Lüsternheit nähert man sich dem Objekt der Begierde, dürstend nach einer authentischen Äußerung des Bösen - und - das Böse sieht gar nicht schlecht aus, verdammt gut sogar!

Waren es in jüngster Vergangenheit eher jugendliche Skinheads, die Talkshows und Bildschirme bevölkerten, manche brutal, manche dumpf, manche blutjung und unschuldig, erreicht Kamerad Bonengels Film eine neue Qualität: Aus der Verwirrung von Unschuld, Liebesbedürftigkeit und Brutalität deutscher Jungmänner entsteigt Jungsiegfried Althans in strahlendem Licht. Das Böse ist schön lautet Bonengels Botschaft.

Begriffe wie "Faszinosum Nationalsozialismus", "Dämonie", "Verführung"; "Charisma Hitlers", etc. in der bürgerlichen NS-Verarbeitung verweisen auf die Unkenntnis wohlkonstruierter und bewußt erzeugter ästhetischer Herrschaftsmittel. Die Technik der Selbstdarstellung war für die Nazis eine wichtige Aufgabe, die mit großem finanziellen und personellem Aufwand in Angriff genommen wurde. Die Ästhetisierung der gesamten Sphäre der Politik, vom Parteitag bis zum Leitartikel war kalkuliert, viele Bürgerliche lassen sich bis heute davon blenden. In dieser faschistischen Tradition steht Bonengels Film. Er zeigt mit Althans eine zum Popstar/Jungunternehmer modernisierte Nazifigur, der sich das bürderliche Publikum wohligschaudernd hingibt.

Die Leugnung der industriellen Massenvernichtung stellt noch immer in liberal-humanistischen Kreisen eine Ungeheuerlichkeit dar, doch anscheinend wird Althans Auftritt lustvoll konsumiert. Althans leugnet die unumstößliche Wahrheit, er allein stemmt sich gegen die Geschichte, munter, rücksichtslos und optimistisch: Das imponiert den Liberalen/alt 68gern, es hat diese Rücksichtslosigkeit, die Befreiung von Moral und politischer "Altlast", die sie sich selbst einmal auferlegt hatten - hier erleben sie die Liquidation ihrer eigenen politischen Vergangenheit, die ihnen lästig oder peinlich geworden ist. Neben dieser Bewunderung für "den Mann, der seinen Weg geht", tritt das Motiv des "Thrills", der verstohlenen Freude über einen fiesen Witz. Für den liberalen Citoyen ist dieser private, im Halbdunkel des Kinos begangene Tabubruch das Gegenstück zur "klammheimlichen Freude" von 1977.

Diese persönlichen Motive machen die Attraktivität des Films aus, in die sich der neidische, verklärende Blick auf die eigene wilde "Bewegungszeit" mischt: Althans und Kameraden sind so wie sie damals gewesen zu sein glaubten - jung, kraftvoll, dynamisch und nicht wie sie heute sind: Müde, fett mit Brillen, Bärten und Bäuchen.

Die Schlichte Neugier auf Nazis beruht u.a. auf darauf, daß jene im Alltag des gebildeten Publikums keine Rolle spielen, sie sind keine direkte Bedrohung wie z.B. für Migrant/innen oder linke Jugendliche. Weiterhin tauchte die Argumentation auf, "warum wollt ihr UNS den Film vorenthalten, wir sind doch kritisch und gegen Naziseingestellt. "Dieser bornierten Haltung der gebildeten oder sich für links haltenden ist die Einsicht entgegenzusetzen, daß Bildung und Privilegien nicht eben vor dieser ästhetischen Ausstrahlung des Faschismus schützen.

Für antifaschistische Initiativen ist die Analyse der Popularität von Nazis in den Medien von großer Bedeutung. Reichte es früher als Etappenziel aus, Nazi-Umtriebe und Strukturen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und sie anzuklagen, muß heute der Potenzierung von Nazi-Outfit, Musik und Inhalten durch die Medien und dem Aufkommen einer rechten Subkultur Rechnung getragen werden. In diesem Zusammenhang geht es auch darum, Elemente einer traditionellen oder modernisierten faschistischen Ästhetik zu beschreiben, die durch die ständige Wiederholung in Fernsehen und Printmedien an Ausstrahlungskraft gewinnen, so z.B. das Motiv tobender Jugendlicher vor dem brennenden Wohnheim in Rostock, das ekstatische Schwenken der Reichskriegsflagge oder die martialischen Aufmärsche in Halbe und Fulda. Diese Bilder sind inzwischen nicht nur schrecklich, sondern auch "schön" und stellen Waffen dar im Kampf um die politische Orientierung von Jugendlichen. Wir müssen klarmachen, daß das bloße Reproduzieren dieser Bilder ohne inhaltliche Bearbeitung, die auch eine mögliche Aura zerstört, den Faschisten in der aktuellen Auseinandersetzung nutzt. Daß Stern, TV, Sat1 und Spiegel kein Interesse an konsequentem Antifaschismus haben, ist bekannt, wenn aber ehemals links-alternative Institutionen wie Taz, Hamburger Filmbüro, Metropoliskino dezidiert faschistische Ästhetik- und damit auch Propaganda reproduzieren,

muß das einen Lernprozess unsererseits zur Folge haben. Die meisten Institutionen und Persönlichkeiten, die seit dem Beginn der StudenInnenbewegung als Teil einer linken kulturellen Hegemoniebestrebung galten, bieten der aktuellen Reorganisierung der Neonazis, die in eine Reorganisierung des Nationalismus eingebettet ist, keinen nennenswerten Widerstand, im Gegenteil, die Kulturlinke scheut das Dissidentendasein und drängt nach der Wärme des "Volkskörpers". Jede Debatte um "Rasse", "Völker" und esoterischen Mumpitz gierig aufnehmend, anfällig für ästhetiesierende und moraltriefende Politiansätze, betreiben sie zur Zeit Tabubruch und Betroffenheit als einträgliches Geschäft.

Wenn diese Alternativen Kulturträger nun als gleichgeordnet zu den kommerziell-systemstabilisierenden Medien erkannt wurden, bleibt die Frage, ob sie sich nicht durch ihr entschlossenes Eintreten für den Nazifilm besonders profaschistisch engagiert haben. Im Gegensatz zu Sa t1 u.a. haben die Kulturlinke eine besondere Verantwortung im Umgang mit Faschismus, denn sie spielen dabei mit einem in langen Jahren gewachsenen Image von Progressivität: Seit der StudentInnenbewegung bieten sie ein Diskussionsforum für gesellschaftliche Utopien und emanzipatorische Ideen und Projekte. Sie genießen in der progressiven Öffentlichkeit eine Autorität, die Meinungsbildung und Wertmuster gerade derjenigen beeinflußt, die progressiv sein wollen. Die Verantwortungslosigkeit von Metropoliskino u.a. wiegt deshalb so schwer, weil sie mittels einer Täuschung begangen wird: Auf dem Vertrieb von Nazipropaganda klebt das Etikett eines "fortschrittlichen" Willens zur Diskussion. Diese Perversion wird noch von der bornierten Überzeugung gekrönt, in "ihren" Kreisen sei es weniger gefährlich, den Film zu zeigen als z.B. vor proletarischen Jugendlichen, "weil wir sind doch alle kritisch." Dieses Kritischsein ist dann die Absolution für die morbide Zeremonie des "Nazi-Anschauens". Die Geilheit auf das Böse, auf das "Unsagbare" wird unter der Rubrik "Dokumentation" befriedigt. Diese ursprünglich progressive Darstellungstechnik ist inzwischen von linkem Engagement und Bekenntnissen gesäubert, Zeichen einer politischen Resignation, das heißt natürlich nicht, daß Dokumentationen für alle Zeit ideologiefrei bleiben. In unseren Tagen können wiederholte oder schwach und falsch kommentierte Dokumentationen faschistischer Redner und Aktionen zu einer regelrechten Beschwörung ihrer Stärke werden, die im gesellschaftlichen Kontext die Qualität von Werbesendungen erhalten. In diesem Zusammenhang kann das traditionell-progressive Image der alternativen Kulturinstitute übelste Folgen haben. Inmitten der Offenheit, Mitwirkung an der Programmgestaltung, Wunschfilm, Lesbisch-Schwule Filmtage, Diskussionsbereitschaft und Avantgardeproduktionen halten Herrenmenschentum und NS-Geschichtsrevisionismus offiziell Einzug. Offenbar führt hier ein veralterter und unpolitischer Begriff von Aufklärung und humanistischer Urteilsbildung zu profaschistischem Engagment. In einer offenen Auseinandersetzung mit dem re-organisierten Faschismus um PRÄSENZ in der Öffentlichkeit, um Sendezeit, um Orientierung von Jugendlichen bewirkt die Auffassung, Nazimaterial zur Aufklärung zu zeigen, das Gegenteil: Sie unterstützt die faschistische Medienkampagne.

AG KULTUR UND GESCHICHTE HAMBURG Februar '94

P.S. Die SPD-Fraktion Nord hat der Schulbehörde jetzt empfohlen, den Film "Beruf Neonazi" als Anschauungsmaterial für Schulen zu übernehmen. Die Landesbildstelle verhandelt bereits über die Aufnahme des Films in ihr Verleihprogramm (TAZ v. 26.3.94)

Wochenendseminar zum Thema Innere Sicherheit

Nach allen Beschlüssen der Unionsparteien wird im Wahljahr 1994 die „Innere Sicherheit" zu einem entscheidendem Wahlkampfthema. Auf allen Ebenen wird hier der „Starke Staat" propagiert, werden Feindbilder aufgebaut, angebliche Lösungsstrategien angeboten, die einen weiteren Abbau des Rechtsstaats bedeuten. Jede Kritik an diesem Vorgehen wird als Begünstigung von Kriminalität, extremistischem Terror, Verunsicherung des Bürgers etc. zu diskreditieren versucht. Wir werden zu diesem Thema ein Wochenendseminar veranstalten.

Ein Komplex wird die Beschäftigung mit den konkreten Vorstellungen der Parteien zu angeblich notwendigen Maßnahmen zur „Inneren Sicherheit" sein. Hierzu wird es ein entsprechendes Einleitungsreferat von einem Mitarbeiter des Bonner Abgeordneten-Büros, PDS/Linke Liste, Jelpke/Maurer/Schröder geben, deren tägliche Arbeit die Beschäftigung mit diesem Thema ist und die dies aus dem „Hohen Hause" life referieren können. Neben einem Überblick über die geplante Gesetzgebung soll das Verhalten der CDU und auch der SPD unter die Lupe genommen werden. Vieles spricht dafür, daß die SPD, ähnlich wie auch in anderen Fragen, die Forderung nach Verschärfungen übernimmt und damit der CDU den Weg eröffnet.

Vertiefen wollen wir die Debatte an den Themen, die unseres Erachtens zur Zeit mit besonderer Brutalität in der Wahlkampfpropaganda benutzt werden.

1. Der Trick mit der Kriminalitätsstatistik, insbesondere die Lüge von den kriminellen Ausländern. Nach der für die etablierten Parteien erfolgreichen Asylkampagne wird nun eine ähnliche Hetzkampagne in dem Bereich der sogenannten Ausländerkriminalität vorangetrieben und damit der latent vorhandene Rassismus weiter geschürt.(N.N.)
2. Mit der Gefahr der Organisierten Kriminalität wird eine verstärkte Rechtsverschiebung versucht zu begründen. Was hat es mit der Organisierten Kriminalität auf sich? (Mark Holzberger, Rote Hilfe Berlin)
3. Die Ermittlungsbehörden reagieren auf das „Drogenproblem" bzw. die Drogenkriminalität mit einem Ausbau der Repression und einer Ausweitung des Polizeiapparates so z.B. mit dem Einsatz von V-Leuten. Auch Möglichkeiten zur Entkriminalisierung sollen diskutiert werden. (Rechtsanwalt Martin Lemke)

Das Seminar findet am 16./17. April im „Haus für Alle", Amandastr. 58, 20357 Hamburg statt, Beginn: Samstag 14.30 Uhr, Sonntag 10.30 Uhr
Veranstalter: KB/Mehrheit
Anmeldungen sind erwünscht bei: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58 B, 20357 Hamburg, Tel. 040/435320.

Redebeitrag am 26.2.94 in Hamburg bei dem bundesweiten Aktionstag für die Freilassung von Irmgard Möller

Liebe Freundinnen und Freunde!

Von uns wird erwartet, hier einen Redebeitrag über die Berliner Gefangenen, die im November letzten Jahres verhaftet worden sind, zu halten. Früher wurden immer wieder solche Vorschläge gemacht, daß wir über die Türkei oder über Kurdistan erzählen sollten. Nachdem eine relativ starke MigrantInnenbewegung entstanden ist, sollen wir jetzt über die MigrantInnen, sei es über Berliner Gefangene oder sei es über andere Dinge im Zusammenhang mit Rassismus berichten. Das ist umso schlimmer, weil mittlererweile jede weiß, daß wir nicht bloß MigrantInnen, sondern Linke in der MigrantInnenbewegung sind. Die korrekte Vorgehensweise müßte eigentlich anders sein. Auch andere Leute müssen dies tun, wenn sie das für wichtig und richtig halten. Die Berliner Gefangenen sind diejenigen, die gegen Rassismus und Faschismus, also unter anderem auch gegen den deutschen Staat hier in diesem Lande gekämpft haben. Warum soll es denn unsere Aufgabe sein, das Geschehen in Berlin zu thematisieren.

Das ist eine kurze Kritik, damit wir uns besser verstehen können. Jetzt zur RAF und dem Verhalten ihr gegenüber. Die RAF ist in einer Zeit entstanden, als in Europa starke Bewegungen zu Gange waren, wo in vielen Ländern zumindest vorrevolutionäre Krisen vorherrschend waren und wo es in den drei Kontinenten bewaffnete Befreiungskämpfe gegeben hatte. Die dominierenden tradionellen Linken waren meistens nicht in der Lage, mit dieser neuen Situation umzugehen. Die RAF, die ursprünglich ein Teil der sozialen Bewegungen war, hat diesen Anspruch gehabt. Sie hat es mit der Revolution ernst gemeint. Und das war gut so. Nachdem die Bewegung auf der Straße aber zurückging, erlitt sie das gleiche Schicksal wie viele linke Organisationen, die in den anderen Ländern den gleichen Weg verfolgt haben. Das ist mir nicht fremd. Wir haben einen ähnlichen Prozess in einem anderen Land durchgemacht und wir sind zunächst in eine ähnlichen Situation geraten. Die erste Bewegung, die unter der Militärherrschaft enstanden war und letzendlich das Militärregime ins Wanken gebracht hat, hat aber die Folter in den Gefängnissen als erstes Thema aufgegriffen. So wurde 1974 die Generalamnestie in der Türkei die Forderung, die von Tausenden getragen war. Es mußte dann eine Amnestie erlassen werden, durch die viele aus den Gefängnissen rausgekamen. So haben viele von uns nicht das gleiche Schicksal gehabt, wie die meisten RAF-Gefangenen. In dieser Hinsicht ist es mir unerklärlich, wie so etwas geschehen kann, daß da im besten Falle das Schweigen vorherrschend war. Diejenigen, die auch später von den Fehlern der RAF sprechen, müssen zuerst ihre Rolle in damaligem historischen Moment überprüfen und dann auch für die spätere Zeit selbstkritisch nachdenken, da die Isolierung der ersten RAF-Gefangenen durch die meisten deutschen Linken besonders in den ersten wichtigen Jahren mehr als ein Fehler war, und dabei nicht vergessen, daß mit der letztendlichen Zerstörung der RAF durch den deutschen Staat nicht nur eine Organisation zerstört worden ist, sondern dem Anspruch "revolutionär zu handeln" ein Schaden zugefügt worden ist, der bis heute Spuren hinterlassen hat.

In diesem Sinne, nicht nur deswegen, weil sie seit 21 Jahren unter Sonderhaftbedingungen lebt, sondern auch und gerade deswegen, weil sie und andere RAF-Gefangene damals den revolutionären Anspruch erhoben hatten:
Freiheit für Irmgard Möller und Freiheit für alle anderen RAF-Gefangene!
Nicht nur die Nazi"vergangenheit", die wir sowieso durch die alltäglichen Verhältnisse nicht vergessen können, sondern auch die Traditionen, die im Grunde genommen eine Bestrebung nach Freiheit darstellen, dürfen wir nicht vergessen!

Ich glaube, der deutsche Staat führt den gleichen Vernichtungskrieg auch bei den Berliner Gefangenen. Ich wünsche mir sehr, daß es dies Mal anders wird, daß sie durch die Linke nicht alleine gelassen werden. Ich hoffe, wir werden uns am 20. 4.1994 in Berlin bei der geplanten Demonstration, die unter dem Motto "In der Tradition von Antifasist Genclik 20. April: Widerstand gegen den rassistischen Terror" stattfinden wird, zusammenfinden.
Freiheit für die Berliner Gefangenen! und nochmals Freiheit für Irmgard Möller und Freiheit für alle anderen RAF-Gefangenen

Einige MigrantInnen aus HH!



Haftprüfung bei Irmgard Möller

Im Sommer 1987, nach 15 Jahren Haft, überprüfte ein Gericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, ob Irmgard Möller entlassen werden solle. Da sie ihre politische Identität bewahrt hat und sich nicht vom revolutionären Kampf distanziert, war die Entscheidung negativ. Zur Zeit läuft erneut ein Verfahren, in dem darüber entschieden wird, ob Irmgard Möller weiter im Knast bleiben soll. Formal ist das Landgericht Lübeck zuständig; die Entscheidung über die Freilassung ist aber eine politische. 21 Jahre ist Irmgard Möller in Haft, andere politische Gefangene seit 18, 15, zehn oder acht Jahren - für alle sind diese Jahre im Gefängnis zuviel.

Nachdem es im Spätsommer 1993 zunächst hieß, daß die zuständigen Richter nach einem Anhörungstermin mit Irmgard über ihre Freilassung entscheiden würden - Irmgard diesen Termin aber aufgrund ihres sehr schlechten Gesundheitszustandes verschieben mußte -, wurden neue Hürden aufgebaut: wie bei anderen politischen Gefangenen auch, macht das Gericht jetzt die Erstellung eines psychiatrischen Gutachtens zur Voraussetzung für die Anhörung. Bei Gefangenen, die nicht wegen politischen Delikten verurteilt wurden, werden keine psychiatrischen Gutachten verlangt und die Freilassung nach Verbüßen von Zweidrittel der verhängten Strafe bzw. 15 Jahren bei lebenslänglicher Strafe ist die Regel. Solche Gutachten werden von allen politischen Gefangenen abgelehnt, weil sie einerseits befürchten, daß sie mit Hilfe der Gutachten als geistig verwirrt dargestellt und ihre Überzeugungen entpolitisiert werden sollen, zum anderen, um an sich nicht die Auswirkungen der Isolationsfolter ausforschen zu lassen. Sie wollen verhindern, daß solche Erkenntnisse gegen sie und andere Gefangene verwendet werden können. Bei Irmgard wird nun ein Gutachten nach Aktenlage erstellt. Wenn es fertig ist, soll es dann voraussichtlich im März die Anhörung geben.

(aus einem Flugblatt der Roten Hilfe Kiel)



Die Farbe 'rot' - Neues zum Mord an Wolfgang Grams

Am 27.Juni 1993 kam Wolfgang Grams auf dem Bahnhof Bad Kleinen bei einem Schußwechsel mit der GSG 9 ums Leben und nach allem, was bis heute über die Todesumstände bekannt wurde, muß man davon ausgehen, daß Grams durch mindestens einen unmittelbaren Nahschuß durch GSG 9-Beamte exekutiert wurde. Die staatliche "Meinungsmachmaschinerie" bestritt den Mord und baute mit tatkräftiger Unterstützung der Medien die Selbstmordversion auf.

Wie tönte es doch gleich noch? Eine "exekutionsähnliche" Handlung sei schon deswegen ausgeschlossen, weil doch ein Einzelschuß in der Stille nach dem Schußwechsel unüberhörbar gewesen wäre: niemand hätte in den Zeugenvernehmungen von einer derartigen Wahrnehmung berichtet. Die Augenzeugin des Mordes an Grams wurde als unglaubwürdig abqualifiziert, ihre Wahrnehmungen seien ungenau und falsch gewesen. Schließlich sorgten noch höchst fragwürdige Interpretationen der Spurenlage für die Behauptung, Grams hätte sich selbst umgebracht. Doch die Selbstmordversion zeigt sich als das, was sie ist: ein höchst wackeliges Lügengebäude, das kartenhausgleich einzustürzen droht!

Denn Anfang März wurde bekannt, daß der Rechtsanwalt der Eltern von Wolfgang Grams auf interessante Details gestoßen ist: es gibt Zeugen, u.a. BKA-Beamte, die *allerdings* einen einzelnen Schuß nach dem längeren Schußwechsel gehört haben. Und: die Augenzeugin, die die beiden GSG 9-Beamten beobachtet hat, hat den Mörder von Grams an seiner roten Bekleidung erkannt - "Falsch", sagten die staatlichen Ermittler, die beiden GSG 9-Beamten haben keine roten Kleidungsstücke getragen. Nun steht mittlerweile fest, daß einer der beiden GSG 9-Beamten doch ein rotes Sweatshirt unter seiner Lederjacke trug. Dieses Sweatshirt wurde bisher unterschlagen und ist auch nie kriminaltechnisch untersucht worden... Fortsetzung folgt!

Urteil im Münchener

Kessel-Prozeß

Der Freistaat Bayern muß wegen der stundenlangen Einkesselung von 500 DemonstrantInnen während des Weltwirtschaftsgipfels (WWG) im Juli 92 in München an 114 KlägerInnen jeweils 150,- Schadenersatz zahlen. Die Einkesselung nach dem Pfeifkonzert während des Regierungschefs-Empfangs habe gegen das Versammlungsrecht, das Recht auf Meinungsfreiheit und auf körperliche Bewegungsfreiheit verstoßen, so der Richter, der in der Urteilsbegründung "radikaldemokratisch" feststellte. daß "Politiker, Parteien oder finanzkräftige Institutionen in den Medien gewichtige Mittel besitzen, um ihre Meinungen und Argumente im politischen Bildungsprozeß zur Geltung zu bringen. Da der direkte Zugang zu den Medien oder die Chance, sich durch sie zu äußern, auf wenige beschränkt ist, war für die Kläger eine Demonstration die wirksamste Art, auf ihre Ablehnungshaltung aufmerksam zu machen. (...) In der Demokratie kann eine politische Minderheit nur dann eine reale Veränderungschance haben, wenn als politisches Kampfmittel nicht nur das Argument, sondern auch physische Formen der Druckausübung zugelassen werden." - Ungewohnte Worte aus Richtermund... Zulässig und schützenswert sei das Pfeifkonzert aber nur gewesen, weil angeblich eine "Verhinderungsabsicht" des Empfangs seitens der DemonstrantInnen nicht bestand (?!) und diese nicht zum "linksextremistischen Gewaltpotential" gehörten. Letzteres entnahm der Richter den Videoaufzeichnungen der Bullen, auf denen "keiner der Demonstranten vermummt war".

Alles in allem also ein Sieg des "bürgerlichen Rechtsstaates", der uns allerdings zukünftig in ähnlichen Situationen vor Einkesselung und ED-Behandlung vielleicht bewahren könnte.

Über die Klage von 11 Leuten, die von den Bullen verletzt worden waren, muß noch entschieden werden. Der Vertreter des "Freistaates" will Berufung einlegen...

Prozeß gegen Gunther

Am 25. April 94 wird am Landgericht Mainz der Prozeß gegen Gunther, einen Antifaschisten aus Wiesbaden eröffnet.

Gunther wird im Zusammenhang mit einer Aktion gegen ein Treffen der verbotenen Nazi-Organisation "Deutsche Alternative (DA)" "schwerer Landfriedensbruch" vorgeworfen. AntifaschistInnen hatten versucht, ein Treffen von AnhängerInnen der DA am 6. 1. 93 in Mainz Gonsenheim zu verhindern. Dabei wurden einige FaschistInnen leicht verletzt und ein paar Autoscheiben gingen zu Bruch.

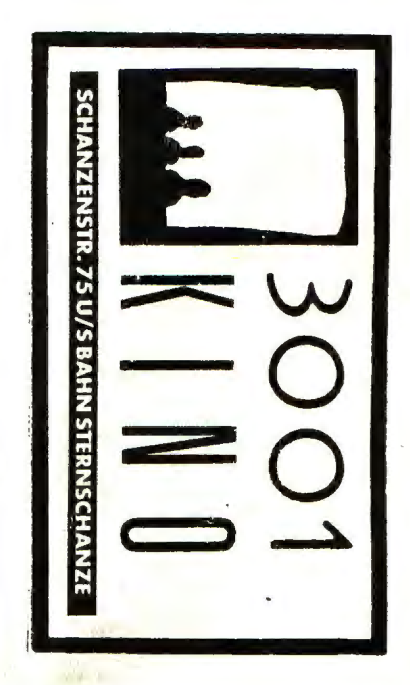
Die Polizei machte daraufhin im gesamten Stadtgebiet Jagd auf AntifaschistInnen und errichtete Straßensperren und führte Verkehrskontrollen durch.

Gunther wurde ca. 3 Stunden nach den Auseinandersetzungen aufgrund des Tatverdachts des "schweren Landfriedensbruchs" in seinem Auto verhaftet, als er alleine auf dem Weg von Mainz nach Wiesbaden gewesen ist. Er saß 5 Monate in Untersuchungshaft.

Die Prozeßeröffnung ist am 25. April. Um 8. 30 Uhr ist eine Kundgebung am Gerichtsgebäude, Diether v. Isenburg Straße, Mainz

Ein ausführlicherer Text zur Situation in Mainz befindet sich im Ordner!

Spendenkonto : Wiesbadener Volksbank, BLZ : 510 900 00, Ktonr. 14926518, Kennwort : Gunther





TOTGESAGTE LEBEN LÄNGER

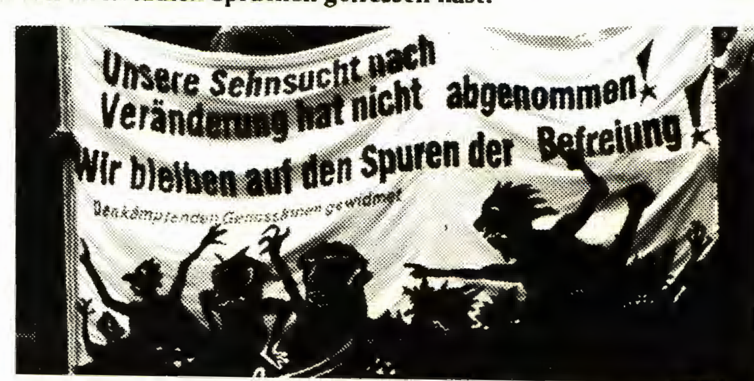
Gefangene werden zur Lebensuntüchtigkeit herangezüchtet, sie werden mit den "Vergünstigungen" wie junge Hunde gelockt und abgerichtet. Die Mehrzahl der Lebenslänglichen geht darauf ein und verkauft dabei ihre eigene Seele. Sie denunzieren andere Gefangene im Vollzug, um ja in den Genuß dieser "Privilegien" zu kommen, und sie merken nicht, wie sie sich nur selbst prostituieren. Mit was will dich denn dieser Staat auch resozialisieren, in die sogenannte Gesellschaft wiedereingliedern, zurückintegrieren?!
Du kommst nicht als Mensch zurück, wenn du von ihren faulen Sprüchen gefressen hast.
(Claus Goldenbaum)

Dieses Zitat stammt aus dem Buch "Totgesagte leben länger". Claus Goldenbaum ist seit rund 21 Jahren Strafgefangener. Er wird hier in Hamburg am 6.Mai zu Gast sein.
Verurteilt wurde er wegen mehrfachen Bankraubs zu insgesamt fast 24 Jahren Haft. Seine Geschichte gleicht der Vieler in den Gefängnissen dieses Staates. Seit seinem 8.Lebensjahr ist Claus Goldenbaum mit nur kurzen Unterbrechungen in staatlichen Institutionen gewesen: Heim, Jugendknast, und seit dem 21.Lebensjahr im geschlossenen Vollzug, davon alleine 6 Jahre in Isolations-(Einzel)-Haft. Jeder Versuch aus dieser Kette auszubrechen scheiterte (z.B. war es in den 60er Jahren nicht möglich, im Jugendgefängnis einen Schulabschluß zu machen; später erhielt er Führerscheinverbot, da er straffällig geworden war, etc.).



So kam er über kleinere Diebstähle, Autoknacken als Jugendlicher schließlich zum bewaffneten Banküberfall. Obwohl er nie einen Menschen dabei verletzte, wurde er zu fast einem Viertel Jahrhundert Haft verurteilt. Selbst nach Absitzen dieser Haftstrafe kann er nicht davon ausgehen, freigelassen zu werden.

Claus Goldenbaum wurde noch zusätzlich zu 10 Jahren Sicherungsverwahrung verurteilt. Eine Maßnahme, die kaum jemand kennt.



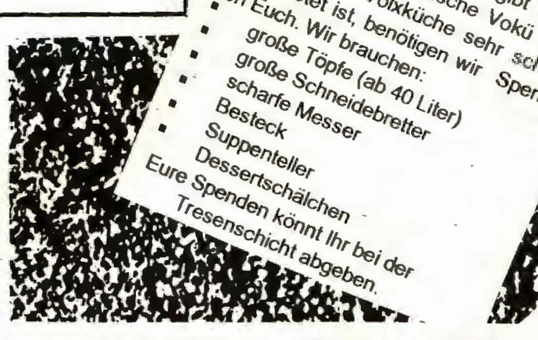
Sie stammt noch aus dem Nationalsozialismus und gibt der Justiz die Möglichkeit, Gefangene zu verurteilen für Straftaten, die sie noch nicht begangen haben. Allein die Mutmaßung des Richters, es könne erneut zu einer Straftat kommen, genügt bis zu 10 Jahre Sicherungsverwahrung an die eigentliche Haftzeit anzuhängen. Im Juli 95 soll für Claus Goldenbaum die Sicherungsverwahrung beginnen. Seit 3 Jahren gibt es eine breitere Unterstützung, dies zu verhindern. Wesentlichen Anteil daran hatte die Herausgabe des Buches "Totgesagte leben länger" im Kamalatta Verlag. Daß er heute im offenen Vollzug ist, hat er dieser Initiative größtenteils zu verdanken. Das Buch informiert über unterschiedliche Aspekte der Sicherungsverwahrung (Geschichte, juristische Stellungnahmen, Claus Goldenbaum als Betroffener, etc.).
Zu diesem Thema gibt es keine vergleichbaren Veröffentlichungen in der BRD. Aus diesem Buch wird Claus Goldenbaum am 6.Mai um 19.30 Uhr in der GWA (Kölibri) lesen. Thema des Abends soll neben der Sicherungsverwahrung der Alltag in bundesdeutschen Gefängnissen sein. Dieser ist geprägt von Gewalt und Willkür, aber auch vom Widerstand der Gefangenen.

Claus Goldenbaum, der sich seit Jahren gegen jeden Versuch, ihn im Gefängnis umzuerziehen, zur Wehr setzt, wird an diesem Abend von seinen Erfahrungen berichten und dabei die Möglichkeit zur Nachfrage und Diskussion geben. Da auch Gefangene aus Hamburg anwesend sein werden, gibt es ebenfalls Gelegenheit, mehr über die spezielle Situation vor Ort zu erfahren.

Lesung mit Claus Goldenbaum aus seinem Buch "Totgesagte leben länger"
Am 6.Mai um 19.30 Uhr, GWA (Kölibri), Hein-Köllisch-Platz 12, St.Pauli

Veranstaltungen zum Thema Knast

21.4. Stammheim, 3001, 18 Uhr.
22.4. Deutschland im Herbst, 3001, 18 Uhr.
23.+24.4. Die bleierne Zeit, 3001, 18 Uhr.
25.4. In Gefahr und größter Not, 3001, 18 Uhr.
26.4. Der Kandidat, 3001, 18 Uhr.
Knastradio (Loretta), Informationen zur Lesung von Claus Goldenbaum am 6.5., 96 Mhz, 20 Uhr.
29.4. 23 Stunden, Libertäres Zentrum, 20 Uhr.
3.-9.5. FSK-Radiowoche zum Thema Knast (genauere Termine werden noch bekanntgegeben)
4.5. Ghost of the civil dead, 3001, 20:30.
5.5. Ghost of the civil dead, 3001, 18 Uhr.
6.5. Hundstage, 3001, 17 Uhr.
Lesung mit Claus Goldenbaum, GWA, 19:30.
7.-11.5. Hundstage, 3001, 18 Uhr.
7.5. Soliparty (Ort wird noch bekanntgegeben).



Jeden 2. Sonntag und jetzt auch im Wechsel jeden 2. Montag gibt es eine vegane bzw. vegetarische Vokü in der Flora. Da die Volxküche sehr schlecht ausgerüstet ist, benötigen wir Spenden von Euch. Wir brauchen:

- große Töpfe (ab 40 Liter)
- große Schneidebretter
- scharfe Messer
- Besteck
- Suppenteller
- Dessertschälchen

Eure Spenden könnt Ihr bei der Tresenschicht abgeben.

Rote Flora im April

6.4. Neue Rechte an der Universität. Nach dem Niedergang der linken StudentInnengruppen versuchen nun die "Gegner von 68" in Theoriezirkeln und politischen Gruppen einen akademischen, modernisierten Faschismus an den Unis zu etablieren. Besondere Bedeutung haben hier die Burschenschaften und studentischen Verbindungen, welche zusätzlich über ihre "alten Herren" entscheidenden Einfluß auf Politik und Kapital haben. Die Veranstaltung soll einen Überblick über die hamburger und die gesamtdeutsche Situation geben. 19 Uhr.

7.4. P-Funk Party. Die dj's Mad und Eisfeld von Absolute Beginner schmeißen die Rhythmen vom Plattenteller direkt auf den Tanzboden der großen Halle. 21 Uhr.

8.4. Björns Bilder. Vernissage im Leoncavallo mit Musik, Drinks und allem was dazugehört. 19 Uhr.

9.4. Tauschmarkt. Während sich die Welt mit Plastikkarten füllt, wird in der Flora wieder getauscht. Die schönste Form des bargeldlosen Handels. ab 13 Uhr.

10.4. Too Strong, Anarchist Academy. Zweimal korrekter Hip Hop aus dem Ruhrpott. 21 Uhr.

13.4. Molecules. Aus Oakland, Californien kommen die Molecules. Sie mengen von progressivem Rock, no wave, Jazz und Punk alles zu einem Sound und lassen ihn im Leoncavalloraum auf unsere Ohren los. Außerdem spielen noch **"Die auch"** aus Bremen. 21 Uhr.

16.4. Shantytown Soundsystem. Roots und Dub legen ihren Teppich in der Flora aus und ihr müßt tanzen. 22 Uhr.

16.4. zga. Die litauisch-sowjetische Experimentalgruppe zga erreicht die Ohren mit den Klängen aus Stahl, Saxophon und Klarinette. 21 Uhr, 1.Stock.

21.4. Breit vom heiligen Geist. Hendrik Peschel stellt seine neue Filmproduktion über die Jesus Freaks vom Schulterblatt vor. "Abhängen mit Jesus?" "Die Bibel reintun?". 20:30.

22.4. mc Rene, Dialectics, Fettes Brot, Direct Action, Absolute Beginner. Die absolute Hip Hop Jamsession mit Graffiti und Breakdance. 20 Uhr.

23.4. Pirate Sounds Prince Raymond. Roots and Reggae in der großen Halle. 21 Uhr.

25.4. Vollmond-orchester. 22 Uhr.

27.4. Yok Quetschen-powa. Agitprop mit der Ziehamonika aus Berlin. 20 Uhr.

30.4. Bernhard Weber. Spielt Tucholsky: "Lerne lachen ohne zu weinen". 20 Uhr.

1.5. Youth Brigade. Sollte die Weltrevolution zufällig *doch* nicht an diesem Tag abgehen und ihr euch irgendwie ein bischen langweilen, dann schaut euch die L.A.-Hardcorelegende an. 21 Uhr.



Anderes:

9.4. Demonstration: **Kein Länderspiel am 20.4.**, Berlin, Rotes Rathaus, 13 Uhr.

15.4. Solikonzert für ein Flüchtlingsheim: Roving Bottles, Grenzgänger, Jugendzentrum Pinneberg, 20 Uhr.

16.4. In Tostedt ist eine **Demo gegen die FAP** geplant, achtet auf Ankündigungen!

19.4. Männervorbereitungstreffen zum autonomen Kongress (vermutlich 1.-3.10. in Berlin, siehe Zeck 24). Es soll in diesem Treffen darum gehen, ob es Männer in Hamburg gibt, die den Kongress inhaltlich oder praktisch mit vorbereiten und an Männer AGs teilnehmen wollen. Döse, 19 Uhr.

Ständige Termine in der Flora:

Cafeöffnungszeiten: in der Regel 16-22 Uhr

Mo **16-19 Uhr** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv. **16-19 Uhr** Fahrradselbsthilfe. **17-20 Uhr** Motorradselbsthilfe. **19:30** Vokü (vegetarisch, 14-tägig, nächste Termine: 11.4., 25.4., 9.5.)

Di **18-19:30** Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem).

Mi **16-19 Uhr** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv. **21 Uhr** jeden 1. Mittwoch im Monat: offenes Treffen der Antifa Schanzenviertel.

Do **16-19 Uhr** Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen, feste Nutzung).

Fr **9-12 Uhr** Kindercafe mit Frühstücksbüffet und Spielangebot. Nächste Termine: 8.4. Fingermalen, 22.4. Turnen und Toben.

Sa **11:30-15 Uhr** vegetarisches Frühstück. **16-19 Uhr** Fahrradselbsthilfe.

So **19:30** vegane Vokü (14-tägig, nächste Termine: 3.4., 17.4., 1.5.)